II. Ordentliche Zentrale Delegiertenkonferenz der Roten Hilfe Deutschlands erfolgreich abgeschlossen Seite 9

1 H 3752 CX

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 11 vom 17. März 1978 | 12. Jahrgang | 50 Pfennig

IGM-Apparat will "Arbeitsfrieden retten"

Arbeiter in den Metallbetrieben fordern: Vollstreik!

Freitag vergangener Woche: riesengroße Empörung in den Metallbetrieben, erregte Diskussionen in den Kauen und am Arbeitsplatz. Was war los? Es ging um die Meldung, daß der IGM-Vorstand am Wochenende doch wieder mit den Metallkapitalisten verhandeln wird, „um einen Arbeitskampf zu vermeiden". Dabei sind die Metaller doch voller Kampfentschlossenheit. Sie wollen eine annehmbare Lohnerhöhung durchsetzen und nicht eine „Fünf vor dem Komma", wie es von den Bonzen nun ständig in die Debatte geworfen wird. Mit überwältigender Mehrheit hatten die Metaller in Südwestdeutschland und in Nordrhein-Westfalen bei der Urabstimmung für Streik gestimmt. In vielen Großbetrieben wie z. B. bei Opel in Bochum oder bei Ford in Köln stimmten weit über 90 Prozent aller organisierten Kollegen für Streik. Diese Urabstimmung war ein glasklarer Auftrag der Arbeiter an den IGM-Apparat, sofort den Streik in die Wege zu leiten, und zwar einen Vollstreik in beiden Tarifbezirken, einen Streik mit dem Ziel, zumindest die Acht-Prozent-Forderung voll durchzusetzen.

Der IGM-Apparat jedoch trat den erklärten Willen der Basis mit Füßen. Die Bonzen ließen erst einmal Tage verstreichen, bis sie sich schließlich bequemten, einen Beschluß herbeizuführen. Und der war: Ab Mittwoch soll der Streik in Baden-Württemberg beginnen, aber nicht etwa ein Vollstreik, sondern Schwerpunktstreiks. Was in NRW geschehen soll, ließen sie offen. Das lief genau auf das erklärte Ziel des IGM-Vorsitzenden Loderer hinaus: einen Streik, wenn möglich, überhaupt zu vermeiden.

Die Gewerkschaftsbonzen betrieben schon die ganze Zeit, unterstützt von Presse und Fernsehen, eine Propaganda, die die Kollegen auf einen Lohnraubabschluß von etwa fünf Prozent „einstimmen" sollte. Mit der Wiederaufnahme der Verhandlungen am Wochenende wollte man diesem Ziel entscheidend näher kommen. Aber die ungeheure Empörung in den meisten Betrieben war den Herren eine Warnung. Sie hatten die Rechnung ohne den Wirt, ohne die Kampfbereitschaft der Metaller gemacht. So waren Loderer, Steinkühler und Konsorten gezwungen, die Verhandlungen am Montag wieder abzubrechen. Jetzt müssen die IGM-Bonzen wieder lavieren. Sie werden versuchen, die Sache mit einigen Schwerpunktstreiks über die Bühne zu bekommen und dabei die Kapitalisten einigermaßen ungeschoren davonkommen zu lassen. Wie sagte doch der IGM-Bevollmächtigte Malzkorn in Köln auf einer Funktionärsversammlung: „Wir werden weiterhin unerbittlich um die Zehntelprozente kämpfen."

Der IGM-Apparat tut so, als sei die „Rettung des Arbeitsfriedens" eine Sache, die auch im Interesse der Arbeiter liegt. Das jedoch ist Betrug. Die Kapitalisten verschärfen ihre Angriffe auf die Arbeiter und kleinen Angestellten, verschärfen den Rationalisierungsterror, um durch immer stärkere Ausbeutung in den Betrieben ihre Profite zu sichern und auf neue Rekordhöhen zu treiben. Dazu vernichten sie skrupellos Arbeitsplätze, treiben sie die Kollegen zu immer höherer Leistung an, verschärfen sie die Akkordzeiten, drücken den Lohn z. B. durch Abgruppierungen bei Umsetzungen und greifen zu Entlassungen, um aus weniger Beschäftigten mehr herauszupressen. Wer sich dagegen wehrt, oder wer die steigenden Anforderungen nicht mehr voll verkraftet, muß fürchten, auf die Straße zu fliegen.

Für die Arbeiter gibt es da nur einen Weg: sich gemeinsam wehren, kämpfen, möglichst jeden Angriff der Kapitalisten mit einem Gegenschlag beantworten. Sonst wird sich ihre Lage unweigerlich verschlimmern. Predigten vom Arbeitsfrieden, von „sozialem Frieden", vom „vernünftigen Interessenausgleich" usw. dienen nur dazu, den skrupellosen Angriffen der Profithaie den Weg zu ebnen und die Arbeiter ihnen ans Messer zu liefern. Es gibt kein gemeinsames Interesse zwischen Lohnarbeit und Kapital, sondern zwischen beiden Seiten herrscht ein unversöhnlicher Gegensatz.

Dortmund 18. März '78 Westfalenhalle 3



Am 18. März 1978 wird in Dortmund, in der Westfalenhalle III, das Arbeitertheater-Festival „Wem gehört die Welt" stattfinden. Mehr als zehn Agitprop-Theatertrupps werden erwartet. Die besten Gruppen werden ausgezeichnet. Auch die Zuschauer können die Preisträger mitbestimmen. Die Eintrittskarte berechtigt zur Abstimmung.

Außerdem singen und spielen unter anderem: „Bantelhans" (Folksonggruppe aus Münster), „Elvspeeler" (Volksmusikgruppe aus Hamburg), „Slürdanz" (Volkstanzgruppe aus Dortmund).

18. 3. 78 — Beginn 10 Uhr — Eintritt 3 DM.

Druckindustrie: Kapitalisten schlagen skrupellos zu

Nieder mit dem Aussperrungsterror!

Am Wochenende meldeten Fernsehen und Presse: Die Führer der IG Druck und Papier und die Vertreter der Druck- und Verlagskapitalisten verhandeln wieder. Schlichtungsverhandlungen. Als Schlichter fungiert Stingl, der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit. Ziel dieser Schlichtungsverhandlungen sei „die Beilegung des Tarifkonflikts im Druck- und Verlagswesen". Aber was heißt denn Beilegung? Sind die Unternehmer etwa bereit, die Forderungen der Druckereiarbeiter nach Absicherung ihrer Arbeitsplätze und ihrer Einkommen zu erfüllen? Sie denken nicht daran. Denn mit Schwerpunktstreiks lassen sie sich nicht in die Knie zwingen. Am Montag scheitern die Verhandlungen. Gleichzeitig kündigen die Druck- und Verlagskapitalisten an: Ab Dienstag früh wird die bundesweite Aussperrung verhängt.

Mit unerhörter Brutalität führen die Kapitalisten diesen Arbeitskampf. Zynisch spielen sie ihre Macht als Herren über die Produktionsmittel aus, nutzen sie die Abhängigkeit der Arbeiter und kleinen An-

Fortsetzung auf Seite 3

20 000 Arbeitsplätze gefährdet

Massenproteste der Postler und Eisenbahner

Mit Massenkundgebungen protestierten in der letzten Woche Postler und Eisenbahner gegen die Pläne der Bundesregierung, die Buslinien von Bahn und Post zu privatisieren. 7.000 versammelten sich zu einer Großkundgebung in Köln. Hunderte demonstrierten auf den Straßen von Freiburg. Worum geht es?

Die Bundesregierung will den gesamten Bahn- und Postbusverkehr sogenannten privatrechtlichen Regionalgesellschaften übertragen. Die Herren im Bonner Verkehrsministerium haben in einigen Regionen schon entsprechende Modellversuche durchgeführt. Dabei konnten, so schwärmen sie jetzt, die Kosten je Kilometer von ca. 2,75 DM auf unter zwei Mark gesenkt werden. Wie das möglich war? Durch eine brutal vorangetriebene Rationalisierung! Wenn Bonn seine Pläne durchsetzt, würde das für das ganze Bundesgebiet heißen: Entlassung von 9.000 Bediensteten der Post — darunter die Hälfte Busfahrer —, Entlassung von weiteren 11.000 Arbeitern und Angestellten bei der Bahn.

Fortsetzung auf Seite 2

Carter verhängt Kriegsrecht über Kohlereviere

Der Streik wird fortgesetzt

Mit überwältigender Mehrheit haben die amerikanischen Bergarbeiter, die gegenwärtig im längsten Streikkampf ihrer Geschichte stehen, auch die zweite Fassung des verräterischen Tarifvertrags abgelehnt, der ihnen von den Kohlebaronen und Gewerkschaftsbonzen aufgezwungen werden sollte. Jetzt hat Menschenrechtsapostel Carter seine liberale Maske fallenlassen. Mit offen terroristischer Gewalt will er den Streik der Kumpel zerschlagen. Einheiten der Nationalgarde rückten in das Kohlerevier aus. Die Bergarbeiter wurden von der Klassenjustiz außerhalb der Gesetze gestellt.

„Das bedeutet Bürgerkrieg", erklärten Sprecher der Streikenden, „jede Tonne Kohle, die Carter fördern will, wird mit Blut getränkt sein." Bei Massendemonstrationen führten die Arbeiter Transparente mit, die die Aufschrift trugen: „Fahr zur Hölle, Carter!"

Und so war die Lage am vorletzten Wochenende: Nachdem schon vor Wochen ein von Gewerkschaftsboß Miller mit den Kohlekapitalisten aus-

Fortsetzung auf Seite 11

Frankfurt

"Chemische Keule" gegen Schulkinder

8. März. Vor der Ziehenschule in Frankfurt steht eine Gruppe von Schülern. Die Schultür öffnet sich. Heraus kommt ein Pulk von Polizisten in Zivil. In der Mitte der CDU-Politiker Dregger. Die Schüler protestieren gegen den Besuch Dreggers in ihrer Schule. Plötzlich zieht einer der Begleiter eine „Chemische Keule" aus seinem Mantel und spritzt in die Gruppe der Kinder und Jugendlichen. Drei andere Polizisten sprühen ebenfalls. Zwei Kinder unter vierzehn bekommen den Strahl voll ab. Andere laufen heulend weg. Der Vater eines Fünfjährigen fragt fassungslos die Polizisten, wie sie denn „so etwas tun können". Sein Kind hat ebenfalls Tränengas abbekommen.

Fortsetzung auf Seite 6

AUS DEM INHALT

GSG 9 bildet Faschisten aus

Sondereinheiten des rassistischen Regimes Südafrikas, bewaffnete Mordbanden, deren Aufgabe es ist, die schwarzen Werktätigen mit Terror zu überziehen, sind bei der Bundesgrenzschutzeinheit GSG 9 in Hangelar ausgebildet worden. Der südafrikanische Geheimdienstchef General van den Bergh informierte sich in den Jahren 1974/75 mehrere Male persönlich in Hangelar über den Ausbildungsstand seiner Leute. Offenbar sind die südafrikanischen Faschisten schon seit längerem der Ansicht, daß ihre Mordbanden ihr blutiges Handwerk gerade bei der GSG 9 erlernen oder vervollkommnen können.

Diese Tatsache wirft wieder einmal ein bezeichnendes Licht auf die engen Militärbeziehungen zwischen dem Bonner Staat und dem Rassistenregime in Südafrika, Beziehungen, die nicht nur umfangreiche Waffenlieferungen aus der Bundesrepublik umfassen, sondern auch einen intensiven Austausch von militärischen Kenntnissen. Und wie herzlich dabei das gegenseitige Einvernehmen ist, konnte man dem „Transvaaler", einer Zeitung des Rassistenregimes, entnehmen: „General van den Bergh sagt, in seinen Verhandlungen mit der Polizei in Deutschland wurde deutlich, daß es sich in der Tat um die Zusammenarbeit zwischen identisch orientierten Diensten mit gleicher Zielsetzung, Aufgaben und Pflichten handelt."

Die gleiche Zielsetzung, in der Tat: Auch die GSG 9 ist letztlich zu keinem anderen Zweck geschaffen worden, als zu dem, die Kämpfe der Arbeiterklasse niederzuschlagen. Und wenn sich diese Kämpfe verschärfen, wird sie mit dem gleichen faschistischen Terror gegen die Volksmassen vorgehen wie die Banden des Rassistenregimes, die sie jetzt ausbildet.

Wahlrummel

Kommunalwahlen in Bayern und Schleswig-Holstein. Wie immer ein großer „Papierkrieg", Wahlversammlungen Land auf, Land ab. Die Politiker reißen sich um die Posten in Gemeinderäten, Kreis- und Landtagen. Das Ergebnis: Die CSU gewinnt in Bayern dort, wo bisher die SPD stark war. In den Städten, zum Beispiel in München. In Schleswig-Holstein ein anderes Bild: Die SPD gewinnt gerade in den Städten Stimmen, in denen bisher die CDU stark war.

So überraschend ist das nicht. Dieser Stimmenwechsel zeigt, daß große Teile der Bevölkerung unzufrieden mit der Verwaltung ihrer Städte sind. Egal ob CDU oder SPD an der Macht sind. Daß sie empört sind über Korruption, Bodenspekulation, Umweltverschmutzung. Noch glauben die meisten, so groß das Mißtrauen gegenüber den bürgerlichen Parteien auch ist, daß ein Wechsel im Rathaus vielleicht etwas ändern könnte. Sie verstehen ihre Stimmabgabe als „Protest". Gerade die Stimmengewinne der sogenannten „Grünen Listen" in der Nähe der Atomkraftwerkbauten zeigen dies. Geschickt versuchen hier bürgerliche Politiker, die Proteststimmung gegen das Atomenergieprogramm des kapitalistischen Staates aufzufangen.

Die KPD/ML hat in beiden Bundesländern die Werktätigen aufgefordert, dem bürgerlichen Wahlrummel eine Abfuhr zu erteilen. „Die Wahl ist nichts anderes als die Entscheidung, eine Jauchegrube entweder mit alten oder neuen Brettern abzudecken. Stinken wird's weiter. Darum keinem eine Stimme!" riefen unsere Genossen in Albertshofen in einem Flugblatt auf. Dem ist nichts mehr hinzuzufügen.

KSZE: Aufrüstung statt Entspannung

Merklich still ist es geworden um die sogenannte Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE). Auch die Tatsache, daß jetzt das Folgetreffen dieser Konferenz in Belgrad mit einem Abschlußdokument beendet wurde, war der bürgerlichen Presse, einschließlich des DKP-Blatts „UZ", keine Schlagzeilen mehr wert. Kein Wunder: Mußte man doch eingestehen, daß das ganze fünf Seiten magere Abschlußdokument nichts weiter ist als eine Ansammlung belangloser Phrasen. Und dieses Dokument spiegelt nur den Verlauf der Konferenz, die unüberbrückbaren Gegensätze wider, die zwischen den Blöcken der beiden Supermächte auftraten.

Der Westen zum Beispiel stieg groß ein mit seiner Menschenrechtskampagne. Moskau und seine Vasallen wollten nicht einmal darüber reden. Der Osten im Gegenzug brachte etwa den Vorschlag aufs Tapet, die Mitgliedschaft in den Militärblöcken zu begrenzen, in der Absicht, so einen Beitritt Spaniens in die NATO zu verhindern. Für Washington und seine Verbündeten kein Thema. In diesem Stil wurde 27 Wochen lang gefeilscht und gepokert. Für das Abschlußdokument blieb neben dem allgemeinen demagogischen Bekenntnis zur Entspannung dann nur ein einziger Beschluß: Im November 1980 soll in Madrid die KSZE fortgesetzt werden. Das war also das Belgrader Folgetreffen, im vergangenen Jahr von der „UZ" noch als „gewaltiger Schritt nach vorn" hochgejubelt. Und heute sind diese Herren so still geworden, weil sich eben nicht vertuschen läßt, daß es während der KSZE trotz leerer Phrasen über eine angebliche Entspannung in Wirklichkeit nur einen Schritt nach vorn gegeben hat: bei der hemmungslosen Aufrüstung der beiden Supermächte und ihrer Militärblöcke.

Bonn huldigt dem Faschisten Geisel

Ein paar Wochen ist es erst her: Als Strauß zurückkehrte von seinem Besuch am Hofe der chilenischen Faschisten, wo er sein inniges Verhältnis zu diesen Schlächtern bekundet hatte, empfing ihn ein demagogisches Geschrei aus den Reihen der Regierungsparteien, des DGB-Apparats, der DKP-Revisionisten. „Eine Gefahr für unsere Demokratie", nannte Loderer die profaschistischen Äußerungen des CSU-Chefs. „Der redet nicht nur so, der ist auch so", tönte Schmidt. Und im Bundestag stellte der jetzige Minister Schmude die Frage, „ob es in der Menschenrechtsfrage überhaupt noch prinzipielle Übereinstimmung zwischen Regierung und Opposition gibt."

Es gibt sie, diese Übereinstimmung. Und jedermann konnte sich davon überzeugen. Die gleichen Herren, die damals so lautstark die Entrüsteten gespielt hatten, als Strauß dem Schlächter Pinochet seine Aufwartung machte, drängten sich jetzt, um einem anderen Massenmörder die Ehre zu geben: dem brasilianischen Faschistengeneral Geisel. Dem obersten Vertreter eines Regimes, das mit grausamem Terror die Volksmassen niederhält, das seine Mordkommandos gegen die Antifaschisten ausschickt, in seinen Kerkern Tausende von politischen Gefangenen bestialisch foltert.

Und dieser Bluthund Geisel wird in Bonn mit Ehrensalut empfangen und mit Lobpreisungen überschüttet. Feierlich wird ihm ein 50-Millionen-Mark-Kredit überreicht, den letztlich wir — die Werktätigen — bezahlen müssen. Bundespräsident Scheel persönlich huldigt dem Faschisten, rühmt das Regime und seine „Toleranz der Rassendemokratie". Toleranz? Wenn jeder Widerstand gegen die Diktatur im Blut erstickt wird, wenn Revolutionäre wie die Mitglieder unserer brasilianischen Bruderpartei von den Schergen Geisels hingemordet werden? „Rassendemokratie"? Als ob Scheel noch nie etwas gehört hat von dem unbeschreiblichen Elend der Negerbevölkerung Brasiliens, von deren Kindern, die wie die Fliegen weggerafft werden von Hunger und Seuchen.

„Vorbildlich", nennt auch Schmidt das Verhältnis des Bonner Staates zur faschistischen Diktatur Brasiliens. Diese Herren kümmert eben das Elend der Massen, ihre blutige Unterdrückung genausowenig wie Strauß, den sie mit dreister Demagogie angreifen. Was sie kümmert, worauf sie so gierig blicken, das sind die Milliardenaufträge, die der Diktator für die westdeutschen Monopole mit nach Bonn bringt. Das ist das gigantische Geschäft mit den Atomkraftwerken, die nach Brasilien geliefert werden. Schon heute ist VW do Brasil das größte Industrieunternehmen Lateinamerikas. Und der Appetit dieses Konzerns, in dessen Aufsichtsrat auch der IGM-Boß Loderer sitzt, ist keineswegs gesättigt. Die westdeutschen Monopole wollen sich noch mehr am Elend der brasilianischen Werktätigen mästen.

Deshalb ist Geisel ihr Mann. Einer, der sein Land bedingungslos an die Imperialisten verkauft. Einer, der seine Armee Gewehr bei Fuß stehen läßt, um die Streiks in den Filialen ihrer Konzerne im Blut zu ersticken. Deshalb nennt Schmidt sein Verhältnis zu Geisel vorbildlich. Wie sagte er doch über Strauß? „Der redet nicht nur so, der ist auch so." Und das gilt genauso für ihn selbst.

Massenproteste der Postler und Eisenbahner

Fortsetzung von Seite 1

Aber nicht nur auf der massenweisen Vernichtung von Arbeitsplätzen sind die Bonner Rationalisierungspläne aufgebaut. Sie sehen auch unglaubliche Lohnkürzungen für die weiterbeschäftigten Kollegen vor — bis zu 38 Prozent. Und es geht nicht nur gegen die Postler und Eisenbahner. Wenn man hört, daß allein beim jetzigen Streckennetz der Bahnbusse 6.000 km einfach gekappt werden sollen, weil sie — wie es in Bonn heißt — „unrentabel" sind, so kann man sich leicht vorstellen, was das bedeutet. Denn „unrentabel" sind für die Herren vor allem die Überlandlinien, die heute, nach der Stillegung zahlreicher Eisenbahnstrecken, für viele Gegenden die einzigen Verkehrsverbindungen überhaupt sind. Wenn Bonn seine Pläne durchsetzt, wird mancher kleine Ort vollständig von jeder Bahn- oder Buslinie abgeschnitten sein.

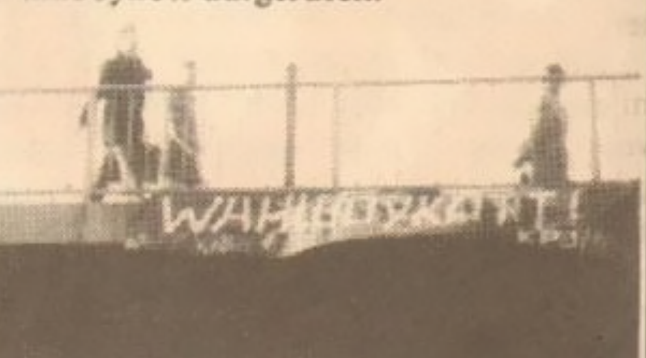
Gegen diese reaktionären Pläne protestierten die Eisenbahner und Postler. Ihre Empörung über diesen neuen Rationalisierungsfeldzug des Bonner Staates ist groß. Aber die Bonzen der Post- und der Eisenbahnergewerkschaft, die letzte Woche die Protestversammlungen organisierten, taten alles, um einen entschiedenen Kampf von vornherein abzuwürgen. So berichtet ein Genosse, daß zu der Kölner Großkundgebung ausschließlich die Busfahrer eingeladen waren, obwohl gerade ein breiter Zusammenschluß aller von den Angriffen betroffenen Kollegen notwendig ist. Und noch nicht einmal die Busfahrer selbst wurden richtig mobilisiert. So wurden teilweise die Flugblätter mit dem Aufruf zur Großveranstaltung in den Gewerkschaftsbüros unter Verschluß gehalten, so daß viele Kollegen gar nichts von der Kundgebung wußten. Und bei der Veranstaltung selbst versuchten die Bonzen wie Breit und Frieser, die Kollegen damit zu vertrösten, daß sie statt wirklicher Kampfmaßnahmen eine Verfassungsklage ankündigten.

Trotzdem waren die Protestkundgebungen ein Erfolg. Die Kollegen, die sonst aufgrund ihrer Arbeitsbedingungen relativ zersplittert sind, haben ihre Stärke demonstriert. Und sie werden den Kampf gegen den Rationalisierungsfeldzug weiterführen.

Kurz berichtet

Frankfurt

Vom 7. bis 10. März finden bei den Farbwerken Höchst Betriebsratswahlen statt. Zur Wahl stehen verschiedene Listen, die auch bisher schon im Betriebsrat vertreten waren. Die Partei hat in zwei Ausgaben der Betriebszeitung für Höchst „Rot Front" und mit einem Transparent über einer Brücke, an der die meisten Arbeiter der Farbwerke vorbeikommen, zum Wahlboykott aufgerufen.



Die KPD/ML in Augsburg hat vor dem Holbein-Gymnasium ein Flugblatt verteilt, daß das kapitalistische Schulsystem entlarvte. An dieser Schule war es in letzter Zeit zu mehreren Selbstmorden gekommen. Die Genossen berichten, daß das Flugblatt schnell wegging. Einige Schüler kamen noch einmal aus der Schule zurück, um sich noch mehr zu holen. Die Parteizelle will so das Ziel der Roten Garde, „Tiefer hinein in die Jugend", unterstützen.

Köln

Seit kurzem verteilt die Partei in Köln auch das „Extrablatt für Daimon". Das jüngste Extrablatt fordert die Kollegen auf: „Ja zum Streik". Die Kollegen nahmen das Flugblatt gut auf. Das Ergebnis der Urabstimmung war eine eindeutige Kampfansage an die Daimon-Kapitalisten. 97,6% der Kollegen stimmten mit „Ja zum Streik". Es gab nur sechs Gegenstimmen bei fast 200 abgegebenen Stimmen.

Diez/Lahn

Trotz Polizeiterrors (siehe Bericht auf Seite 8) war der Stammtisch der Roten Garde in Diez ein Erfolg. Neun Jugendliche diskutierten angeregt über die mörderischen Atomkraftwerke und den Terror in den Schulen. Besondere Empörung weckte es unter den Besuchern dieses Treffs, daß die Polizei Verteiler festgenommen hatte, die Flugblätter mit der Einladung zu diesem Stammtisch verteilt hatten. Die Rotgardisten haben einen neuen Treff ausgemacht.

Bonn/Dortmund

In Bonn und in Dortmund-Hörde lud die Partei anläßlich des 8. März zu Veranstaltungen zum Internationalen Frauentag ein. In Bonn wurde der Film „Salz der Erde" vorgeführt, der schildert, wie die Frauen bei einem Bergarbeiterstreik in Mexiko aktiv am Kampf teilnehmen und schließlich, als die Kapitalisten für die Beschäftigten ein gerichtliches Verbot erwirken, Streikposten zu stehen, diese Aufgabe für die Männer übernehmen. Außerdem wurde ein Sketch über die Situation der Frau vorgeführt. In Dortmund-Hörde wurde der Film „Mutter" gezeigt, der im zaristischen Rußland spielt und schildert, wie einer Mutter durch die Verfolgung ihres revolutionären Sohnes die Augen geöffnet werden, und sie sich schließlich aktiv in den Kampf gegen das Zarenregime einreiht. Außerdem berichtete Annette Schnoor, seit Jahren revolutionäre Betriebsrätin bei Siemens in Witten, über die Lage der Arbeiterinnen, eine andere Genossin über die Situation der Frau im sozialistischen Albanien.

Offen gesagt ...

Schamlos

Stammheim — dieser Ort in Deutschland wird mehr und mehr zum Symbol dafür, daß dieser Staat mit Terror und Folter zuschlägt, daß er die letzten Reste von „Menschenwürde" mit Füßen tritt. Jüngstes Beispiel dafür die ekelerregenden Vorgänge im Gerichtsgebäude bei den Prozessen gegen Irmgard Möller und Claus Croissant. Der Berliner „Tagesspiegel" berichtet: „Jede Person wird von Polizisten körperlich durchsucht. Dabei werden Arme, Beine und Rumpf nicht nur mit einer Metallsonde abgetastet, sondern auch durch Beamtenhände befühlt. Die Kleidung wird durchsucht. In den meisten Fällen müssen sowohl Damen als auch Herren zusätzlich ihre Hosenschlitze öffnen, teilweise die Hosen herunterlassen, damit Durchsuchungsbeamte auch den Intimbereich unter der Unterwäsche kontrollieren können." Nicht nur die Rechtsanwälte der Angeklagten, auch Pressevertreter und Besucher der Gerichtsverhandlung wurden so durch die Justizbeamten „gefilzt".

Die Rechtsanwälte haben sich umgehend gegen diese unmenschliche Behandlung zur Wehr gesetzt. Im Möller-Prozeß betraten die Anwälte nicht den Gerichtssaal, weder die Vertrauensanwälte der politischen Gefangenen, noch die Zwangsanwälte. Der Richter eröffnete in Abwesenheit der Verteidiger das Verfahren. Die Croissant-Verteidiger erschienen am letzten Donnerstag gar nicht erst im Gerichtsgebäude.

Die Richter begründeten diese ungeheure Provokation mit dem Hinweis, die Untersuchungen des Stuttgarter Landtags über das Massaker in Stammheim hätten ergeben, daß im Stammheimer Gerichtsgebäude durch Anwälte den Häftlingen Pistolen und Sprengstoff übergeben worden seien. Die durch nichts belegte Behauptung des Generalbundesanwalts Rebmann, die dazu dienen soll, die Verantwortung dieses Staates für den Tod der vier RAF-Gefangenen zu vertuschen, hält also dazu her, jeden Verteidiger in politischen Prozessen, jeden Besucher eines politischen Prozesses, jeden Journalisten, der darüber berichten will, als „möglichen Komplizen" zu verdächtigen. Ihn einer Prozedur zu unterwerfen, die normalerweise bei der Einlieferung in ein Gefängnis üblich ist.

Dieser unverschämte Eingriff in die Intimsphäre macht deutlich, daß die Versuche der Justiz und des Staatsschutzes, einige fortschrittliche Anwälte als Kriminelle abzustempeln, nichts als ein Vorwand ist, um Unterdrückungsmaßnahmen gegen jede Verteidigung in politischen Prozessen zu rechtfertigen, um jeden politischen Verteidiger einzuschüchtern. Die Erklärung des Richters im Croissant-Prozeß, auch das Gericht wolle sich vor dem Betreten des Gebäudes körperlich untersuchen lassen, ist nichts als ein Täuschungsmanöver. Die Staatsanwaltschaft hat auch prompt diesem Richter einen Rüffel erteilt, diese verletzte die „Würde" des Gerichts, die „hoheitlichen Organe" der Rechtspflege könnten nicht diesen „sinnwidrigen" Kontrollen unterworfen werden. Offensichtlich zählt in diesem Staat die Verteidigung nicht mehr zu den „Organen der Rechtspflege", sondern zu den „verdächtigen Elementen", die wie ein Angeklagter zu behandeln sind. Die Erinnerung an die Zeiten eines Freislers taucht nicht nur bei den ausländischen Besuchern dieser Prozesse auf.

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!
ROTER MORGEN
Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten
Herausgeber: ZK der KPD/ML
Verlag G. Schneider, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Postscheckkonto Dortmund Nr. 236 00 — 463. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 911 (Verlag G. Schneider). Telefon: 0231 / 433691 und 433692. Verantwortlicher Redakteur: Renate Schneider, Dortmund. Druck: Alpha Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags, mit monatlicher Jugendbeilage „Die Rote Garde". Einzelpreis 50 Pfennig. Abonnement: 30 DM für 1 Jahr, 15 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr ist im voraus nach Erhalt der Rechnung auf eines unserer o. a. Konten zu überweisen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

Berichte vom Kampf der Druckereikollegen

Düsseldorf: Polizei gegen Druckereikollegen

Seit zwei Wochen bereits wird in der Rheinisch-Bergischen Druckerei in Düsseldorf gestreikt. Am Donnerstagabend kam es dort zu einem Polizeieinsatz gegen Kollegen, die die Auslieferung des „Handelsblatts", das dort gedruckt wird, verhindern wollten. Ein Genosse, der mit einem Augenzeugen sprach, berichtet:

Bereits am frühen Donnerstagnachmittag waren die Streikposten verstärkt worden. Nach der dritten Streikversammlung, die am gleichen Tag in Düsseldorf stattfand, sind dann noch mehr Kollegen zur Druckerei gefahren, so daß vor dem Werkstor schließlich 120-140 Kollegen versammelt waren. Eine Reihe von Vertretern der Geschäftsleitung war ebenfalls da. Es kam zu einigen Zwischenfällen, als Wagen aus dem Werk herauspreschten. Ein Kollege wurde beinahe angefahren. Immer wieder versuchten Lieferwagen, ins Werk zu fahren. Sie wurden aber blockiert. Bei den Herren von der Geschäftsleitung herrschte deshalb große Hektik. Denn wenn die Lieferwagen mit dem „Handelsblatt" nicht bis zu einem bestimmten Termin aus dem Werk kamen, konnten die Auslieferungstermine nicht mehr eingehalten werden.

Gegen 19.30 Uhr tauchte dann der erste Streifenwagen der Polizei auf. Er fuhr zweimal im Abstand von zehn Minuten am Werkstor vorüber. Außerdem sahen Kollegen zivile Beamte, die das Terrain sondierten. **Kurz danach kamen dann zehn oder elf Polizeifahrzeuge, jeweils mit zwei bis drei Beamten besetzt. Insgesamt waren es ungefähr 35 Uniformierte. Dazu kamen ca. zehn Zivile.** Einer der Polizeioffiziere in Zivil forderte nach mehrmaligen kurzen Kontakten mit der Geschäftsleitung die Kollegen auf, den Weg frei zu machen, ihre Aktion sei illegal. Er hatte kaum geendet, als die Polizisten auch schon geschlossen und ziemlich brutal gegen die Kollegen vorgingen. Ein Kollege wurde durch einen Tritt in den Unterleib verletzt. **Auf diese Weise bahnte die Polizei den Streikbrechern eine Gasse.** Die LKWs fuhren dann ins Werk und kamen kurz darauf überladen mit Zeitungen wieder heraus. Auch hierbei wurde keine Rücksicht auf die Kollegen genommen, die nur eine enge Gasse für die Wagen freiließen. Einige von ihnen wurden von LKWs gestreift. **Die Kollegen waren sehr empört über dieses brutale Vorgehen. Der Kollege berichtete mir, daß bei dieser Auseinandersetzung auch einige Biergläser flogen.** (Die Kollegen, die ja stundenlang da waren, hatten Würstchen und Getränke besorgt.)



Dieses Transparent wurde auf der großen Demonstration der Druckereiarbeiter in München von Genossen getragen — und bezeichnenderweise von Ordnern der IG Drupa entfernt.

Streikversammlung in Wuppertal

Freitag letzter Woche in Wuppertal. Streikversammlung der IG Druck und Papier für die Kollegen des Verlages Giradet. Schon vor 11 Uhr, dem offiziellen Beginn der Versammlung, ist der große Saal der Stadiongaststätten gerammelt voll. Vor dem Eingang der Stadiongaststätten verteilt ein Genosse ein Flugblatt der KPD/ML für die streikenden Druckereiarbeiter. Im Saal sieht man viele Kollegen beim aufmerksamen Lesen des Flugblattes.

Als die Versammlung endlich eröffnet wird, ist das erste, was Betriebsratsvorsitzender Dreßler, der Sprecher der Streikleitung, zu tun hat, das Flugblatt der KPD/ML aus der Tasche zu ziehen und voller Haß dagegen zu hetzen: „Eine Chaotengruppe, die ihr dunkles Süppchen kochen will..." usw.

In dem Flugblatt wird angeprangert, daß Verleger Giradet mit gekauften Streikbrechern, darunter fünf Verrätern aus der Rotation, die ihren Kollegen in den Rücken gefallen sind, Notausgaben der „Westdeutschen Zeitung" herstellen läßt. Gleichzeitig entlarvt das Flugblatt aber auch, daß die Streikleitung und der IG-Druck-Apparat außer heuchlerischen, unheimlich wortradikalen Tönen gegen die Streikbrecher, keinen Finger rührt, um den Streikbruch zu verhindern. Vielmehr versucht der Gewerkschaftsapparat jeden mundtot zu machen, der dafür eintritt, daß durch Blockaden der Streik konsequent verteidigt und dem Streikbruch ein Ende gesetzt wird.

Daß die Bonzen sogar noch eine scheindemokratische Abstimmung durchpeitschten, bei der die Streikversammlung den Bonzen das Vertrauen aussprechen und sich von dem Flugblatt distanzieren sollte, zeigt, welche Angst Dreßler und Kumpane haben, daß sie durchschaut werden. Viele Kollegen jedoch beteiligten sich nicht an dieser Abstimmung.

Immer wieder versuchten die Bonzen, Argumente zu finden, die beweisen sollten, daß die Taktik der Schwerpunktstreiks den Unternehmern mehr schade als ein machtvoller Vollstreik. Viele Kollegen sehen das aber ganz anders. Das war auch auf der Versammlung deutlich zu spüren.

Frauen unterstützen den Druckerstreik

Korrespondenz. 8. März, Internationaler Frauentag. Die Streikleitung der „Westdeutschen Zeitung" in Wuppertal hatte zu einer Frauenversammlung eingeladen. Etwa 40 streikende Kolleginnen und Ehefrauen streikender Drucker waren gekommen. Die Versammlung zeigte: Die Frauen unterstützen voll den Streik ihrer Männer oder Kollegen und finden es richtig, bis zur Durchsetzung der Forderung zu streiken. Unter anderem sprachen die Frauen über die finanzielle Lage der Familien. Das Streikgeld wird nur die Hälfte des tatsächlichen Monatslohnes ausmachen, etwa 800 bis 900 Mark. Ein großes Loch in der Haushaltskasse. Besonders schwierig ist es für die Familien, die Raten zahlen müssen, für Familien mit mehreren Kindern oder für Frauen, die ihre Kinder allein ernähren müssen. In der Diskussion waren sich die Frauen einig, daß man diese Schwierigkeiten auf sich nehmen muß, denn es geht bei dem Streik schließlich um die Existenz der Familien. Eine Frau sprach vielen aus dem Herzen: „Gerade jetzt ist es notwendig, daß wir den Männern den Rücken stärken für den Streik!" Eine andere Ehefrau erhielt viel Beifall, als sie sagte: „Für uns heißt Emanzipation, jetzt den Kampf unserer Männer zu unterstützen!"

Der Betriebsratsvorsitzende allerdings leistete sich in der Diskussion ein starkes Stück. Als die Frauen über das knappe Haushaltsgeld während des Streiks sprachen, warb er sofort für die Bank für Gemeinwirtschaft. Dort gebe es billige Kredite, und falls man dort schon einen Kredit habe, brauche man während des Streiks keine Raten zahlen. Schließlich sei die Bank aus den Beiträgen der Gewerkschaftsmitglieder aufgebaut worden. Das ist allerdings wahr, die Bonzen machen mit den Gewerkschaftsbeiträgen Geschäfte und gleichzeitig klagen sie, die IG Druck habe nicht genug Geld, um einen Vollstreik zu führen.

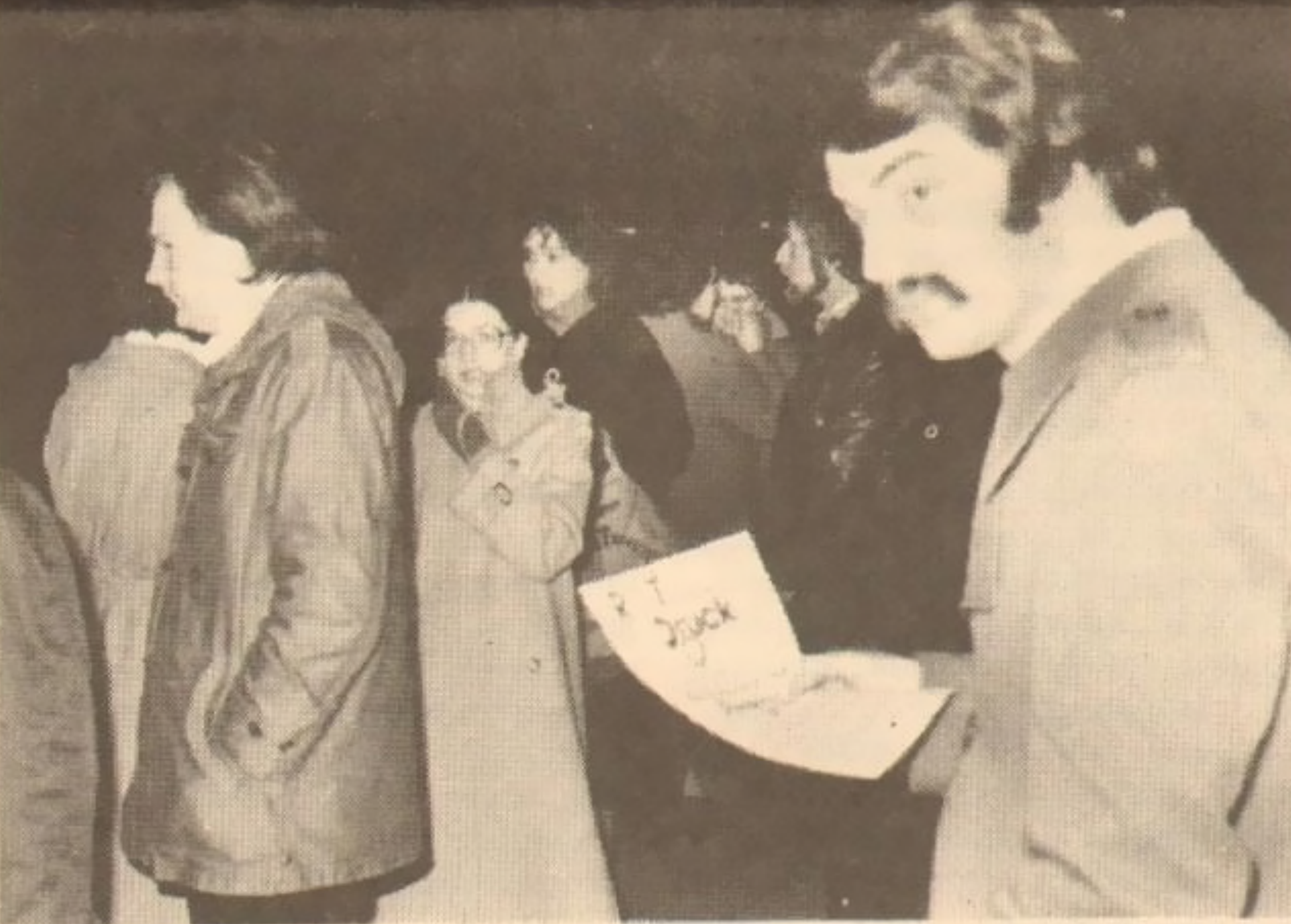
Damit es nicht nur bei den Worten blieb, organisierten die Frauen gegen Ende der Versammlung die praktische Unterstützung für den Streik. Sie wollen abwechselnd die Streikposten morgens und abends mit Kaffee und Brötchen versorgen.

Ein dreistes Spaltungsmanöver

Eine besonders hinterhältige Provokation gegen die Druckereiarbeiter haben sich die Kapitalisten des Konzerns Gruner + Jahr („Stern" u. a.) ausgedacht. Sie versuchten in ihrem Betrieb eine Art Urabstimmung von oben durchzuziehen. An die Kollegen wurden Fragebogen verteilt, auf denen sie ankreuzen sollten, ob sie für die Fortsetzung des Streiks eintreten oder für eine Beendigung der Kampfmaßnahmen und die Aufnahme von Verhandlungen. Ultimativ wurden die Arbeiter aufgefordert, binnen 24 Stunden diese mit ihrem Namen gekennzeichneten Bögen abzugeben.

Und alle diejenigen, die für Streik stimmten, bzw. auf diese Provokation gar nicht eingingen und ihren Bogen in den Papierkorb warfen, sollten ausgesperrt werden. Ein dreister Versuch, die Belegschaft von Gruner + Jahr zu spalten, eine Belegschaft, die in den letzten Monaten immer wieder ihre Kampfbereitschaft demonstriert hat. Die Kapitalisten wollen mit solchen Manövern die Kollegen einschüchtern, eine Reihe von ihnen durch eine derartige Erpressung aus der Streikfront herausbrechen und sie dann als Streikbrecher einsetzen, um den Kampf abzuwürgen.

Das ist nicht das erste Spaltungsmanöver dieser Art, das die Gruner + Jahr-Kapitalisten gegen die Kollegen starten. Vor zwei Wochen hatten sie an alle Kollegen, die sich damals nicht an einem Warnstreik beteiligt hatten, je 250 Mark ausgezahlt. Aber schon diese plumpe Provokation war gewaltig daneben gegangen. Die Arbeiter kassierten das Geld und überwiesen es an ihre Kollegen, die 1976 aus Protest aus der IG Drupa ausgetreten waren und deshalb kein Streikgeld bekommen.





Am 2. 3. 78 vor dem Bauer-Verlag in Hamburg. Die Kollegen kommen zur Arbeit und erfahren, daß sie ausgesperrt sind. „Rot Druck", die Zeitung der KPD/ML für die Hamburger Druckbetriebe, informiert.

Die Geschäfte des Herrn Mahlein

Die Kollegen im Kölner Druckhaus Deutz sind empört. Während in Wuppertal, Düsseldorf und München Setzer und Drucker im Streik gegen den Rationalisierungsfeldzug der Kapitalisten stehen, müssen sie Überstunden machen. Und die Aufforderung dazu kam — so unglaublich es klingt — aus der „Streik"zentrale der IG Drupa. Das hatte sich zugetragen: Aus Solidarität mit den streikenden Kollegen hatte die Belegschaft beschlossen, bis auf weiteres alle Überstunden abzulehnen. Nun hat es mit dem Druckhaus Deutz eine besondere Bewandnis. Es ist im Besitz der SPD-eigenen „Konzentration GmbH". Und die SPD hatte gerade einige dringende Aufträge, da paßte ein Überstundenboykott natürlich schlecht ins Konzept.

Aber die Herren wußten sich zu helfen. „Konzentrations"-Geschäftsführer Falk ruft seinen Aufsichtsratsvorsitzenden an. Und dazu wählt er die Nummer der Stuttgarter „Streik"leitung. Denn der Vorsitzende heißt Leonhard Mahlein. Nebenher ist er auch noch Vorsitzender in der IG Drupa. Die Herren verständigen sich sofort. Ein Anruf von Mahlein beim NRW-Landesvorsitzenden der IG Drupa, Gent in Düsseldorf, folgt auf der Stelle. Und Gent teilt dem Betriebsrat vom Druckhaus Deutz knapp mit: „Der Hauptvorstand erteilt dem Druckhaus Deutz die Genehmigung, Überstunden anzusetzen." Der Betriebsrat bläst den Boykott ab, womit für die „Konzentration GmbH" und ihren Aufsichtsratsvorsitzenden die Aufträge gerettet wären.

Der Aufsichtsratsvorsitzende Mahlein zeigt sich auch sonst besorgt um die Zukunft seines Druckhauses. Damit die Kasse stimmt, wird jetzt kräftig durchrationalisiert. Auf der Strecke bleiben 70 Arbeitsplätze. Und wenn diese Setzer und Drucker dann auf der Straße liegen, werden sie bei passender Gelegenheit sicher eine radikale Rede gegen die Unternehmerwillkür zu hören bekommen. Von dem IG-Drupa-Vorsitzenden Mahlein.

Nieder mit dem Aussperrungsterror !

Fortsetzung von Seite 1

gestellten von ihrem Arbeitsplatz aus, um sie zu terrorisieren und ihren berechtigten Kampf zu unterdrücken. Mit allen Mitteln wollen sie ihre schäbigen Profitinteressen durchsetzen. Und diese Profitinteressen verlangen, daß mit Hilfe der neuen Technik Zehntausende von Arbeitsplätzen in den Druck- und Verlagshäusern vernichtet werden. Daß die Löhne durch Abqualifizierung der Facharbeiter, vor allem der Setzer, drastisch heruntergedrückt werden.

Die Druckereiarbeiter sind bereit, konsequent dagegen zu kämpfen, sind bereit, auch Opfer zu bringen, um einen machtvollen Kampf zu entfalten, der zur Durchsetzung ihrer gerechten Forderungen führen kann. Aber der Gewerkschaftsapparat der IG Druck gibt ihnen dabei nicht etwa einen Rückhalt. Im Gegenteil! Er sabotiert jeden konsequenten Kampf mit allen Mitteln. Mahlein und Konsorten gelang es bisher, einen geschlossenen und bundesweiten Streik zu verhindern. Ihre Taktik der Schwerpunktstreiks ist darauf berechnet, die Druckereiarbeiter zu spalten, ihre Kampfkraft aufzureiben und sie zur Kapitulation vor den Angriffen der Verleger und Druckereikapitalisten zu zwingen.

Als z. B. am Wochenende die Vertreter der Kapitalistenverbände öffentlich drohten: „Wenn nicht die Schwerpunktstreiks beendet werden, führen wir eine bundesweite Aussperrung durch" — wie reagiert da die Gewerkschaftsführung? Anstatt die Verhandlungen sofort abzubrechen und mit entsprechenden Kampfmaßnahmen zu antworten, befiehlt sie den Abbruch des Streiks bei Bauer in Hamburg. Begründung: Man wolle „ein Zeichen des guten Willens setzen".

Auf gut deutsch: Wenn die Verlagsherren den Druckereiarbeitern auf die rechte Backe schlagen, sollen diese als „Zeichen des guten Willens" auch noch die linke hinhalten!

Ungestraft können die Druck- und Verlagsherren eine Provokation nach der anderen gegen die Druckereiarbeiter loslassen, können sie Tausende mit Aussperrung terrorisieren, können sie die Polizei zu brutalen Einsätzen gegen Arbeiter holen. Die IG-Druck-Bonzen verhinderten nicht einmal die faschistische „Urabstimmung" der Gruner + Jahr-Bosse in Hamburg, die die Arbeiter erpreßten, sich namentlich schriftlich „für oder gegen Streik" zu bekennen. Und die Bonzen sollen ja nicht behaupten, die Kollegen seien nicht kampfbereit. Die Kampfbereitschaft der Kollegen ist sehr groß, wie die Urabstimmungen zeigen: In Dutzenden Betrieben stimmten zwischen 80 und 99 Prozent für Streik. Nur in zwei Fällen kam die 75-Prozent-Mehrheit nicht zustande.

Kampf dem Rationalisierungsterror der Druckereikapitalisten und Verleger!

Nieder mit der Kapitulations- und Streikbruchpolitik des Gewerkschaftsapparats!

Spontane Streiks bei VW-Wolfsburg

Korrespondenz. Am 7. März standen die dritten Verhandlungen zwischen IGM und VW an. Schon am Montag ging das Gerücht um: Streik. Und die Frühschicht streikte nach dem Frühstück (9.30 Uhr) für eineinhalb bis zwei Stunden. Mehrere tausend deutsche und ausländische Kollegen zogen durch die Hallen, forderten die anderen auf mitzukommen, buhten die Arbeitenden aus. Sie zogen vors Hochhaus.

Die Streiks gingen in der Halle 12 von den Bändern aus, die Kollegen organisierten sie selbst, einige Vertrauensleute waren auch dabei. Gestreikt wurde in Halle 12, 10, 4 und Gießerei. Auch in der Spätschicht ging es gleich nach 14 Uhr los. Die Kollegen vom Band zogen durch die Halle — aber nicht alle Abteilungen machten mit. Neueingestellte und Frauen hatten zum Teil Angst mitzugehen. Vorarbeiter und Meister schüchterten sie ein und drohten mit fristloser Kündigung, da es ein „wilder" Streik sei. Sie schrieben alle auf, die ihren Arbeitsplatz verlassen hatten. Es wurde auch fotografiert. In der Spätschicht streikten Halle 12, Rohbau, Preßwerk für eine Stunde. Einige Abteilungen solidarisierten sich, indem sie kurze Arbeitspausen machten.

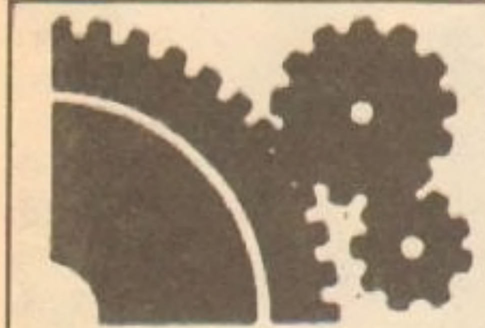
Und am Mittwoch, den 8. ging es weiter! Die Frühschicht in den Hallen 4, 3, Preßwerk, in der FE (Forschung und Entwicklung) und in den Hallen 71, 72, 73 führte einen Kurzstreik durch. Während die IGM am ersten Tag des Streiks zum Teil „wohlwollend" gegenüberstand, begann sie am zweiten Tag, die Vertrauensleute und Kollegen einzuschüchtern. Vertrauensleuten wurde gedroht. Einige Betriebsräte versuchten, vor allem die Kollegen im Südbereich gegen die Streikenden aufzuhetzen. Sie behaupteten, dieser Streik schade den Tarifverhandlungen, sei gar kein gewerkschaftlicher Streik, Streikende seien Randalierer.

Der VW-Vorstand ließ auch gleich eine „Aufforderung zur Aufnahme der Arbeit" verteilen, in der es hieß: „Diese Arbeitsniederlegung ist ein wilder Streik. Jeder wilde Streik ist rechtswidrig." Sie drohten mit fristloser Kündigung und Lohnausfall für diese Stunden.

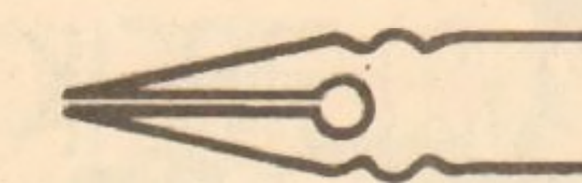
Am Donnerstag, den 9., tagte die Große Tarifkommission in Kassel. Die Kollegen der FE (Forschung und Entwicklung) forderten geschlossen am Mittwoch die Große Tarifkommission auf, die Verhandlungen abzubrechen, die Schlichtung abzulehnen und die Urabstimmung einzuleiten. Viele Kollegen sind dafür (laut Haustarif von VW sind 85 Prozent für Streik notwendig! Das ist ein Hammer!).

Auch bei VW Salzgitter wurde am Donnerstag gestreikt: 1.300 Kollegen führten zwei Warnstreiks durch.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT



Arbeiterkorrespondenzen



Adresse der Redaktion des ROTEN MORGEN:
46 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26

Die Handwerkskammer schweigt dazu

Lehrlinge im ersten Lehrjahr (Tischlerei) verdienen 275 DM netto. Von diesem Gehalt müssen sich die Lehrlinge Schutzkleidung und demzufolge auch Schutzhandschuhe kaufen. Da Schutzhandschuhe bei den Tischler-Lehrlingen zur dringenden Schutzkleidung gehören, ist der Arbeitgeber gesetzlich verpflichtet, diese zu stellen. Aber er tut das — mit Wissen der Handwerkskammer — nicht. Er ist sogar zu geizig, um in den Arbeitsräumen erträgliche Temperaturen zu erheizen — nur in seinen Gemächern ist es bullig warm. — Noch ist die Angst vor dem Verlust der Lehrstelle so groß, daß sich die Lehrlinge — besonders in Kleinbetrieben — nicht geschlossen dagegen auflehnen, aber die Wut wächst über diese menschenverachtende, egoistische und raffgierige Haltung dieser Ausbeuter.

So erzählen sich die Lehrlinge in den Berufsschulen auch, was für Erfahrungen sie in anderen Bereichen gemacht haben. Es gibt Betriebe, in denen die Lehrlinge bis 23 Uhr arbeiten müssen (von acht Uhr morgens!), wenn es der Chef für nötig hält. Viele machen das sogar noch aus Existenznot ohne Murren mit, weil die Überstunde mit vier bis fünf Mark pro Stunde bezahlt wird. Auch um diese Zustände weiß die Handwerkskammer. Sie duldet das alles stillschweigend — im Interesse der Arbeitgeber natürlich...

Bei Berufsschulstreiks zeigt sich die gute Zusammenarbeit der Berufsschullehrer mit den Meistern der Lehrlinge: Der Lehrer denunziert die Lehrlinge beim Meister, und alle weiteren Maßnahmen können dann laufen...

Ein Berufsschullehrer betritt die Klasse und sagt zur Begrüßung: „Wer hier aufmuckt, dessen Gesicht merke ich mir genau — ich sitze nämlich in der Prüfungskommission". Aus was für einer rechten Ecke diese Art von Einschüchterungstaktik kommt, läßt sich leicht erraten...

Rot Front! Eine Genossin aus Bremen

Das Maß war voll!

Liebe Genossen,

im obersten Stock der Kaue hatten sich die Kollegen gerade eingeseift, als überhaupt kein Wasser mehr floß. Schon seit Wochen ist warmes Wasser bei uns am Hochofen bei Klöckner in Bremen Glücksache. An diesem Morgen nach der Nachtschicht war das Maß voll.

Ein Vertrauensmann telefonierte deswegen mit dem Betriebsrat. „Ja, Friedel, ist gut Friedel, alles klar, Friedel", beendete er das Gespräch, als wir dazukamen. Wir hatten inzwischen die Leute von unserem Stockwerk aufgefordert, zusammen zum Bereichsbetriebsrat zu gehen. Fast alle, die noch da waren, kamen mit. Der Vertrauensmann aber wollte nicht. Er habe ja gerade mit Friedel telefoniert. Außerdem wollte er mittags in den Betrieb fahren und die Sache im Betriebsratsbüro vorbringen.

Wir gingen also ohne ihn. Den beiden Betriebsräten, die wir antrafen, war unser Besuch nicht recht. Motzen könne er auch, sagte Friedel; die Warmwasseranlage sei im Umbau (seit Monaten?); es sei ja auch gerade enorm kalt (seit zwei Tagen hatten wir Tauwetter); und wir sollten endlich mal einen Vorschlag machen, wie man das besser machen könnte.

Er forderte uns also auf, uns Klöckners Kopf zu zerbrechen. Deshalb waren wir aber nicht gekommen, sondern um ihm und Klöckner zu zeigen, daß unsere Geduld am Ende war. Ein türkischer Kollege erfaßte die Lage, indem er sagte: „Zwei, drei Tage Streik, dann Direktor so klein" — zwischen Daumen und Zeigefinger ließ er dabei nur knapp zwei cm Luft.

Abends fragte ich den Vertrauensmann, was denn aus seinem Besuch im Betriebsratsbüro geworden sei. Er habe den zuständigen Betriebsrat nicht angetroffen und sei wieder heimgefahren, sagte er. Vielleicht war er auch gar nicht erst da. Für uns ist das Ergebnis das gleiche, nämlich null.

Als wir nach der folgenden Schicht in die Duschen kamen, hätten wir uns fast den Buckel verbrannt — so ungewohnt heiß war das Wasser. So soll es auch bleiben. Sonst heizen wir dem Betriebsrat nochmal ein. Oder folgen der Parole: Wenn wir kein warmes Wasser kriegen, lassen wir die Arbeit liegen!

Rot Front! Genossen von Klöckner/ Bremen

Schwerpunktstreiks: Taktik des Verrats!

Liebe Genossen,

an einem Beispiel aus der hiesigen Gegend wollen wir zeigen, welchen Nutzen die verräterische Taktik der Schwerpunktstreiks durch die IG Druck den Pressekapitalisten bringt.

Schon in der vorletzten Woche hatten die Kollegen der „Rhein-Zeitung" in Koblenz gestreikt. Trotzdem erschien eine Notzeitung, die in einem technischen Nebenbetrieb des gleichen Unternehmens, der Druckerei Hachenburg, hergestellt worden war.

Am letzten Wochenende lief das gleiche Spiel. Ungehindert können die Kapitalisten und ihre Lakaien sogar jeden Kollegen zu Hause anrufen und ihn zur Herstellung der Notzeitung in den Betrieb beordern. Wer dann nicht auf Abruf kommen will, muß sich noch Vorhaltungen machen lassen.

Wenn nach so einem Punktstreik die Zeitung wieder erscheint, ist die Ausgabe doppelt so dick, weil dann alle Anzeigenaufträge erfüllt werden — also, die Druckkapitalisten haben keinen roten Heller Einbuße, und die auftraggebenden Kapitalisten kriegen ihre gewinnbringende Werbung ebenfalls an den Mann.

Ja, die Schwerpunktstreiks bringen den Kapitalisten sogar noch Zusatzverdienste — und das funktioniert so: Das Setzen und Drucken der Notzeitung erfordert natürlich weniger Arbeit. Sind die Kollegen damit fertig, überredet oder nötigt man sie, Tarifurlaub zu nehmen. Wenn nun am nächsten Tag wieder regulär gearbeitet wird, müssen die Kollegen in der gleichen Zeit eine dickere Zeitung herstellen.

In der Druckerei Hachenburg ist während der ganzen Zeit des Arbeitskampfes in der Druckindustrie die IG Druck noch nicht ein einziges Mal in Erscheinung getreten, obwohl der Betriebsrat Mitglied ist. Noch nicht einmal gegen die oben genannten Schikanen gehen die „Interessenvertreter" vor.

So erweist sich das pompöse Getue der Mahlein & Co. um ihre „Kampfmaßnahmen" in Wirklichkeit als eine Hilfe für die Kapitalisten und als Sabotage an den Interessen der Kollegen.

Rot Front!
Genossen aus dem Westerwald

Leistungslohn- eine gerechtere Entlohnung?

Korrespondenz. Seit 1. November '77 haben wir in unserer Firma, der Zahnradfabrik Friedrichshafen AG, ein neues Lohnsystem — den Leistungslohn. Vor einem Jahr noch konnten Geschäftsführung, Betriebsrat und Gewerkschaft in gemeinsamer Anstrengung den meisten Arbeitern unseres Betriebs weismachen, daß Leistungslohn für sie einen Fortschritt darstelle. Mit Hilfe eines Mitglieds des Gesamtbetriebsrats des Konzerns, einem geschulten Redner, wurde uns vorgegaukelt, daß unser Direktor ein besonders uneinsichtiger Mensch ist, der trotz Zeitlohn Stückzahlen von uns verlangt. Seine Schlußfolgerung daraus: „Kämpft mit uns, dem Betriebsrat und der Gewerkschaft, um Leistungslohn, dann werdet ihr für eure Stückzahlen auch bezahlt."

Leistungslohn — nichts anderes als Akkord!

Vorher hatten wir Grundlohn und eine freiwillige Leistungszulage vom Betrieb, jetzt haben wir unseren Grundlohn und eine Prämie. Die Prämie umfaßt drei Bereiche und wird mit Hilfe von Punkten berechnet — die Höchstzahl für Quantität sind 330 Punkte, für Qualität 100 Punkte und für sachliches Verhalten 70 Punkte. Erst ab dem Moment, wo wir mehr als 100% Stückzahl machen, können wir Punkte für Quantität erhalten. Vor einem Jahr noch schien das den meisten Arbeitern eine sehr gute Sache zu sein. Als dann aber am laufenden Band Refa-Leute erschienen und uns neu abstoppten, wurde vielen klar, wo der Hase hinläuft: Schon vor Beginn des Leistungslohns sollten die 100% so hochgeschraubt werden, daß man sie nur mit sehr großer Anstrengung erreichen konnte. Da man aber für „nur" 100% null Punkte für Quantität erhält, heißt das weiter, daß wir auf jeden Fall mehr als 100% arbeiten müssen, um überhaupt das gleiche verdienen zu können wie vorher. Bei einer Arbeiterin haben wir das nachgerechnet: Sie ist in Lohngruppe drei und hatte vorher 8,64 DM brutto pro Stunde, jetzt bei 100% 7,77 DM im günstigsten Fall.

Ein besonderer Hammer bei unserem neuen Lohnsystem ist noch der Punkt „sachliches Verhalten". Dieser Bereich ist aufgegliedert in: 1. Vielseitigkeit und Mobilität, 2. Einsatz und Interesse und 3. Ordnung und Sorgfalt. Er wird ausschließlich vom Meister beurteilt und ist als Druckmittel gegen die Arbeiter gedacht. Denn was passiert, wenn sich jemand nicht von einer Abteilung in die andere schicken läßt — dann sind die Punkte für Mobilität weg, wenn jemand nur 100% Stückzahl macht oder auch konsequent keine Überstunden leistet, dann kann man wohl kaum von Interesse für den Betrieb reden.

Durch das Wort Leistungslohn soll uns vorgemacht werden, wir würden jetzt endlich für unsere Leistung bezahlt. Abgesehen davon, daß das im Kapitalismus nie der Fall sein wird, stellt der Leistungslohn noch eine Verschärfung der Ausbeutung dar. Der Arbeitsaufwand muß schon, um nur so viel zu verdienen wie vorher, ganz enorm gesteigert werden. Wenn wir mehr verdienen wollen, steht das, was wir mehr arbeiten, in keinem Verhältnis zu dem, was wir mehr verdienen.

Leistungslohn — eine der Hauptforderungen der Gewerkschaft

„Der Betriebsrat hielt dabei auch den Hinweis für angebracht,... daß das bis dahin erzielte Ergebnis (Leistungslohn) die Zustimmung sowohl der IG-Metall als auch des Arbeitgeberverbandes gefunden habe." (aus ZF-Ring 3, Juli 27, Seite 24-25).

Es gibt Gewerkschafter bei uns, die zwar gegen den Leistungslohn eingestellt sind, aber wenn man sie fragt, wieso die Gewerkschaft da überhaupt zustimmt, fangen sie an zu jammern: „Ja, die wissen's nicht besser, denen ist nicht klar, was Leistungslohn bedeutet." Daß die Herren das ganz genau wissen, wurde auf einer unserer letzten Vertrauenskörpersitzungen ganz deutlich. Da äußerte unser Betriebsrat ganz unverblümt unter zustimmendem Nicken des anwesenden Gewerkschaftsfunktionärs: „Wir müssen den Leistungslohn jetzt so schnell wie möglich anlaufen lassen, da die Geschäftsleitung die Anzahl der Getriebe pro Monat von 7.000 auf 10.000 erhöhen will." Nicht weniger deutlich sind die Zahlen, die die „Saarbrücker Zeitung" liefert: „Dank einer Umsatzsteigerung um 45% auf 90 Mill. DM (1976) kam Saarbrücken nun nach noch 12 Mill. DM Verlust im Vorjahr auf ein ausgeglichenes Ergebnis." ... „Entsprechend dieser Entwicklung (es werden mehr Automatgetriebe gebaut), wird in Saarbrücken ein Investitionsschwerpunkt für die ZF liegen. Wie schon im Vorjahr berichtet, werden bis 1979/80 rund 40 Mill. DM investiert, 300 neue Arbeitsplätze geschaffen."

Von den 40 Mill. DM Investitionsgeldern ist auch schon einiges ausgegeben worden, wie wir auf der letzten Betriebsversammlung hören konnten, von 300 neuen Arbeitsplätzen sieht man allerdings kaum was. Obwohl die ZF seit ungefähr einem Jahr in Zeitungsartikeln als Musterbetrieb genannt wird — unter dem Motto „ZF schafft neue Arbeitsplätze" —, hört man von einer Betriebsversammlung zur anderen immer nur von mehr Ab- als Zugängen. Genaue Zahlen von der letzten Versammlung — von April bis Oktober letzten Jahres 54 Ab- und 26 Zugänge.

Das Mittel, das garantiert, daß vor allem der Konzern mehr verdient, ist der Leistungslohn. Um das unter den Arbeitern locker über die Bühne zu bringen, werden die Hilfsorganisationen der Kapitalisten in Gang gebracht — die Betriebsräte und die Gewerkschaften. Die Betriebsräte behaupten: „Wir brauchen jetzt so schnell wie möglich den Leistungslohn", und die Gewerkschaft schreibt ihn als eine der Hauptforderungen auf ihr Banner, auf den Vertrauensleutekörpersitzungen wird von Leistungslohn nur im Rahmen der Zusammenarbeit von Arbeitern und Kapitalisten geredet, wodurch die Vertrauensleute in die Lage versetzt werden sollen, die Pläne der Geschäftsleitung gegenüber den Arbeitern durchzubringen.

Betriebliche Altersversorgung

Gericht bestätigt Rentenraub

Die Kapitalisten können sich freuen. Das Bundesarbeitsgericht in Kassel fällte wieder einmal ein Urteil so recht nach ihrem Geschmack. Es liefert den Kapitalisten eine höchstrichterliche Bestätigung , daß es rechtens und im Einklang mit den bestehenden Gesetzen ist, wenn sie Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit skrupellos ausnutzen, um sogenannte „soziale" Leistungen abzubauen und auf Kosten der Belegschaften ihren Profit in die Höhe treiben.

Eine württembergische Baumaschinenfabrik widerrief Ende 1974 die Ansprüche der ehemaligen Beschäftigten auf ihre Betriebsrente wie auch der Kollegen, die noch in der Firma arbeiten und die Anwärter auf eine Betriebsrente sind. Sie verfügte, daß die Kollegen eine drastische Kürzung der ihnen zustehenden betrieblichen Altersversorgung hinnehmen müssen. Das heißt also: Die Rentner und die noch arbeitenden Anwärter auf die Betriebsrente erhalten von der Firma nun weit weniger Geld, als ihnen ursprünglich zugesichert bzw. bisher auch ausbezahlt worden war.

Einer der betroffenen Kollegen klagte vor dem Arbeitsgericht gegen diesen Diebstahl des Baumaschinenunternehmers. Dieser Kollege hoffte wohl, daß eine gewisse Gerechtigkeit in diesem Staat, der sich ja „sozialer Wohlfahrtsstaat" u. ä. nennt, vielleicht doch noch zu finden wäre. Die höchstrichterliche Entscheidung aus Kassel jedoch zeigt, daß solche Hoffnungen auf Illusionen beruhen. Er gab dem Kapitalisten recht und erklärte den Diebstahl an den Versorgungsansprüchen der Arbeiter, wie sie ihnen bei ihrer Einstellung einst zugesichert worden waren, als gesetzlich legitim.

Zudem verfügte das Gericht auch noch: Die noch in Arbeit stehenden Anwärter auf die Betriebsrente dürfen besonders kräftig geschröpft werden, wenn sich dies „für das Unternehmen als notwendig erweisen sollte". Und weshalb? Weil sie ja — so das Gericht — selbst profitieren, indem sie einen Beitrag zur „Sanierung des Unternehmens" und damit „zur Erhaltung ihrer Arbeitsplätze" leisten.

Was ist das anderes, als die zynische Ausbeuterlogik der Kapitalisten: Der Arbeiter hat Lohnverzicht, Verzicht auf seine finanziellen Ansprüche zu üben, damit die Kapitalisten auch in der Wirtschaftskrise fette Profite scheffeln können. Was heißt das denn anderes als: Laßt euch gefälligst noch mehr ausbeuten, schließlich müßt ihr froh sein, daß ihr noch nicht arbeitslos seid!

Die Justiz und der Staat insgesamt in unserem Land geben sich bekanntlich als Hüter der Gerechtigkeit aus, als neutrale Mittler der Interessenkonflikte, als über den Klassenkampf erhaben. In Wahrheit aber vertritt dieser Staat nur die Interessen der Kapitalisten. Er ist das Instrument der Ausbeuterklasse zur Durchsetzung ihrer Profit- und Machtinteressen. Er ist und bleibt der Feind der Werktätigen. Dafür ist dieses Urteil des Bundesarbeitsgerichts wieder einmal ein deutliches Beispiel.

Betriebsratswahlen bei BASF

Ein Kandidat der RGO-Liste in den Betriebsrat gewählt

Am 10. 3. 78 wurde das Ergebnis der Betriebsratswahlen bei BASF bekanntgegeben: Es beteiligten sich 17.069 (63,1%) der Arbeiter. 14.041 gaben ihre Stimme der Liste der IG Chemie, 1.911 der Liste der Wahlgemeinschaft der Christlichen, 530 der Liste der Revolutionären Gewerkschaftsopposition (RGO). Das bedeutet, daß im neuen Betriebsrat bei BASF unter den 35 Betriebsräten auch ein Betriebsrat der RGO sein wird. Karl-Heinz Keßler, Maschinenschlosser, Listenführer der RGO-Liste.

Mit diesem Ergebnis wurden die Pläne der IG-Chemie-Bonzen, die RGO auf jeden Fall aus dem Betriebsrat herauszuhalten, vereitelt. Von Anfang an waren sie vor keinem Mittel zurückgeschreckt, um dieses Ziel zu erreichen:

- Als erstes schickte der IG-Chemie-Apparat an die Unterzeichner der Liste einen Brief, in dem so getan wird, als hätten die Kollegen irrtümlich — im Glauben, es sei die IG-Chemie-Liste — für die Kandidaten der RGO unterschrieben. Sie werden aufgefordert, doch noch für die IG-Chemie-Liste zu unterschreiben, wenn sie nicht aus der Gewerkschaft fliegen wollen.
- Dem ersten Brief folgt ein zweiter mit beigelegtem Kuvert und Rückporto. Wieder werden die Kollegen aufgefordert, ihre Unterschrift für die RGO-Liste für nichtig zu erklären.
- Gleichzeitig setzen Vertrauensleute die Kollegen unter Druck. Im Regionalfernsehen und in der Lokalpresse wird gegen die RGO gehetzt und für die IG Chemie Propaganda gemacht.
- Zwar weichen einige Kollegen vor dem Druck zurück. Aber genügend neue unterschreiben. Die RGO-Liste steht. Die IG-Chemie-Bonzen unternehmen noch einen weiteren Versuch, die RGO vor den Kollegen zu verleumden. Sie laden die Kollegen, die ihre Unterschrift zurückgezogen haben, vor und verlangen von ihnen, eine Erklärung zu unterschreiben, sie seien von den Kandidaten der RGO „arglistig getäuscht" worden.

Angesichts dieser groß angelegten Verleumdungskampagne ist es ein eindeutiger Erfolg, daß die RGO-Liste zustande kam und jetzt einen Kandidaten in den Betriebsrat entsenden kann.

Auf der anderen Seite läßt sich natürlich nicht übersehen, daß auch der IG-Chemie-Apparat einen Erfolg verbuchen kann. Er hat zwar sein Ziel nicht erreicht, aber es doch geschafft, die Zahl der Stimmen für die RGO-Liste relativ niedrig zu halten. Hier macht sich bemerkbar, daß den meisten Kollegen bei BASF die RGO und ihre Ziele zu Beginn der Betriebsratswahl noch unbekannt waren. Zwar haben die RGO-Kandidaten und fortschrittliche Kollegen im Betrieb, unterstützt von Genossen der Partei außerhalb des Betriebes, sich nach Kräften bemüht, über die RGO zu informieren und der Hetze entgegenzutreten. Aber was sind 4.000 Flugblätter, 1.000 RGO-Broschüren und Diskussionen in den Abteilungen gegen den mächtigen Apparat, den die IG-Chemie-Bonzen zur Verfügung haben! Angefangen von Vertrauensleuten und Betriebsräten bis hin zu Fernsehen und Presse!

Diese Betriebsratswahl ist erst der Anfang für den Aufbau der RGO bei BASF. Wenn es auch dem IG-Chemie-Apparat diesmal noch gelang, seinen Einfluß in nicht unbeträchtlichem Maß geltend zu machen, so sollten die IG-Chemie-Bonzen doch vor übereilter Vorfreude hüten. Wenn etwa IG-Chemie-Bonze Reimann erklärt: „Die RGO hat keine Chance. Sie hat ja noch nicht einmal die 5%-Hürde geschafft!" — so kann man schon heute voraussagen, daß ihn die Zukunft eines Besseren belehren wird. Denn die Zukunft gehört nicht dem reaktionären, arbeiterfeindlichen Gewerkschaftsapparat — auch bei BASF nicht. Gestützt auch auf die Erfahrungen und Lehren aus diesen Betriebsratswahlen wird der Aufbau der RGO vorangetrieben werden, wird sie sich im praktischen Klassenkampf das Vertrauen der Kollegen erwerben und sie — ob Gewerkschaftsmitglieder oder nicht — im Klassenkampf gegen die Kapitalisten und die reaktionären DGB-Gewerkschaften zusammenschließen.

Liste 'Arbeiteropposition' bei Daimler-Benz in Westberlin

Auch bei Daimler-Benz in Westberlin, einem Betrieb mit ca. 3.000 Beschäftigten, wird es zur Betriebsratswahl eine Liste von klassenkämpferischen Kollegen geben. Die Liste „Arbeiteropposition", auf der sechs Kollegen kandidieren, drei deutsche Arbeiter, zwei türkische und ein griechischer Kollege. Ein Arbeiter von Daimler-Benz berichtet, mit welchen Methoden der IGM-Apparat verhindern will, daß am 5. und 6. April die Kollegen bei Daimler ihre Stimme kämpferischen Betriebsratskandidaten geben können.

Zunächst, berichtet der Kollege, schleuste der IGM-Apparat einen Spitzel in den Treff der Gruppe von Kollegen, die sich zur Betriebsratswahl zusammengeschlossen haben. Am nächsten Tag im Betrieb ging der Dreigroschenjunge mit einem Betriebsrat durch eine Halle und zeigte ihm die Arbeiter, die auf dem Treff waren. Der Betriebsrat versuchte diese Kollegen unter Druck zu setzen — ohne Erfolg.

Auf einer Vertrauensleutesitzung wurde dann die Forderung gestellt, daß die Reihenfolge der Kandidaten der IGM-Liste dort oder auf Mitgliederversammlungen festgelegt wird. Nach der Ablehnung durch den alten Betriebsrat und der Vertrauenskörperleitung stimmten vier Arbeiter gegen die Liste, einige enthielten sich der Stimme. Dann kamen Mitgliederversammlungen — die ersten seit sechs Jahren, — eine für türkische, eine für deutsche und eine für jugoslawische Kollegen. Als auf der türkischen Mitgliederversammlung Kritik an der Aufstellung der Kandidaten geäußert wurde, wurden die Wortmeldungen einiger Arbeiter nicht mehr berücksichtigt, woraufhin ca. 20 Kollegen auszogen. Auch auf der deutschen Mitgliederversammlung gab es massive Kritik an der Aufstellung der Liste, es wurden Beispiele für den Verrat der alten Betriebsräte gebracht. Ein Kandidat der „Arbeiteropposition" bekräftigte seine Kandidatur auf unserer Liste. Dann boten sie einem Kollegen der „Arbeiteropposition" an, auf der IG-Metall-Liste zu kandidieren — wegen der Persönlichkeitswahl. Der Kollege stellte die Bedingung: 1. Alle Kandidaten der „Arbeiteropposition" können auf so eine Gemeinschaftsliste; 2. alle Listenplätze werden ausgelost; 3. die Kollegen der „Arbeiteropposition" können ihre Stellung zum alten Betriebsrat und ihr Programm veröffentlichen. So viel war dem Betriebsrat die Persönlichkeitswahl nun doch nicht wert, und er lehnte ab.

Dann setzte ein massiver Druck gegen alle Kollegen ein, die unterschrieben haben. Einigen wurde gesagt, wenn sie unterschreiben würden, flögen sie aus der Gewerkschaft. Was das bedeute, wenn ab nächster Woche gestreikt würde, sei ihnen hoffentlich klar: kein Pfennig Geld. Drei zogen deshalb ihre Unterschrift zurück.

Am Mittwoch, den 8. März schließlich, wurden die Wahllisten abgegeben. Die „Arbeiteropposition" gab sowohl 114 Unterschriften als auch die Einverständniserklärungen der Kandidaten ab, und der Wahlvorstand mußte die gültige Einreichung der Liste quittieren.

Als wir dann am Freitag, den 10. 3. zur Arbeit kamen, standen ca. zehn Betriebsräte und Vertrauensleute vor den Toren und verteilten Flugblätter mit folgendem Inhalt: „Kommunisten wollen bei Daimler-Benz in den Betriebsrat. Kommunisten wollen die Persönlichkeitswahl verhindern." Dann werden die Genossen Reiner und Andreas, die 1975 bzw. 1973 aus der IGM ausgeschlossen wurden, als Mitglieder bzw. Spitzenfunktionäre der KPD/ML denunziert. Das Flugblatt endet mit dem Aufruf „Keine Unterschrift mehr für die Liste der Kommunisten!" Einer der Hetzblattverteiler hielt dazu Ansprachen mit dem Megaphon, ein bekannter Revisionist, Mitglied der Leitung der SEW in Westberlin und Jugendvertreter bei Daimler. Wenn die IGM-Bonzen gewußt hätten, welche Wirkung sie mit ihrer Propaganda erzielten, hätten sie sich bestimmt überlegt, ob sie diesen Einsatz durchführen. Die meisten Kollegen bestätigten uns, daß sie uns weiter unterstützen. Die denunzierten Genossen wurden angesprochen: „Wenn die euch so bekämpfen, müßt ihr gute Kommunisten sein." Eine Vertrauensfrau sagte, nachdem einer der Kandidaten der „Arbeiteropposition" mit einem alten Betriebsrat aneinandergeraten war: „Jetzt unterstütze ich euch auch." Am Nachmittag desselben Tages wurde unser Listenführer zum Wahlvorstand gerufen und ihm mitgeteilt, daß 27 Unterschriften von den 114 ungültig sind. Wir waren auf so etwas natürlich vorbereitet und hatten noch Unterschriften in Reserve.

Die Krönung des Tages war dann allerdings ein Flugblatt der „Arbeiteropposition", das am Nachmittag bei Schichtschluß verteilt wurde. Es war unsere Antwort auf die Hetzblätter der IGM, in dem wir zeigten, daß auf unserer Liste keine Mauerbauer und Stacheldrahtzieher kandidieren im Gegensatz zur IGM-Liste, wo der bekannte SEWler, der auch am Morgen die Reden gehalten hatte, kandidiert. In unserem Flugblatt stand, daß die Reaktion des IGM-Apparats nur die Angst vor dem Kampf der Kollegen ausdrückt, daß sie genau wissen, die „Arbeiteropposition" wird diesen Kampf unterstützen. Wir, die „Arbeiteropposition", sind darauf vorbereitet, daß die Hetze der IGM-Bonzen nicht beendet ist. Wenn unsere Liste erst mal steht, werden sie wie bei Cassella weitermachen. Aber unsere Erfahrungen zeigen bisher, daß jeder Stein, den sie erhoben haben, um uns zu treffen, auf ihre eigenen Füße gefallen ist.

Zu den rechtlichen Bestimmungen für die Betriebsratswahl (Teil 9)

Kündigungsschutz für Betriebsratskandidaten

Aushöhlung des Kündigungsschutzes

Nach den gesetzlichen Bestimmungen haben Betriebsratskandidaten Kündigungsschutz. Bedeutet das, daß revolutionäre oder klassenkämpferische Kandidaten nicht entlassen werden können? Nein, denn der Kündigungsschutz ist nicht absolut. Außerdem setzen sich die Kapitalisten oft einfach über ihre eigenen Gesetze hinweg, wenn es um die Unterdrückung des revolutionären Klassenkampfes geht. Zwar erschwert der Kündigungsschutz die Entlassung von Betriebsratskandidaten, die den Kapitalisten ein Dorn im Auge sind. Aber wir haben bei den letzten Betriebsratswahlen erlebt, daß es trotzdem zu Entlassungen revolutionärer Kandidaten kam. In der Regel wenden die Kapitalisten dabei den Gummiparagraphen „Störung des Betriebsfriedens" an.

Das Urteil gegen Bernd Woitalla

Es muß damit gerechnet werden, daß die Bourgeoisie das verstärkte Auftreten revolutionärer Listen oder revolutionärer Kandidaten auf Einheitslisten mit einer weiteren Aushöhlung des Kündigungsschutzes beantwortet. Darauf deutet das vor kurzem ergangene Urteil des Bundesarbeitsgerichts gegen den Genossen Bernd Woitalla hin. Allerdings können die Konsequenzen dieses Urteils auf die weitere Auslegung des Kündigungsschutzes durch die Gerichte noch nicht genau und gesichert beurteilt werden, weil die schriftliche Urteilsbegründung noch aussteht. Tatsache ist jedoch, daß das Bundesarbeitsgericht die fristlose Entlassung von Bernd Woitalla als Kandidat der „Roten Liste" bestätigte.

Soweit bis jetzt bekannt, argumentierte das Gericht dabei unter anderem folgendermaßen: Im Programm der „Roten Liste" sei das Betriebsverfassungsgesetz als Unterdrückungsinstrument gegen die Arbeiterklasse bezeichnet worden. Dies sei nicht erlaubt. Auch schon im Rahmen des Wahlkampfes müßten — so das Gericht — die Grundlagen für die „vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Betriebsrat und Arbeitgeber" gelegt werden.

Aber wie schon gesagt: Die genaue Urteilsbegründung muß noch abgewartet werden.

Bei Entlassung: sofort Rechtsmittel einlegen!

Auf jeden Fall muß man im Falle einer Entlassung revolutionärer oder klassenkämpferischer Betriebsratskandidaten sofort rechtliche Schritte dagegen einlegen. Zum einen muß man sofort Klage beim Arbeitsgericht gegen die Entlassung einreichen. Zum zweiten muß man sofort versuchen, beim Arbeitsgericht eine einstweilige Anordnung zu erwirken, dahingehend, daß man weiterhin Betriebsratskandidat bleibt und daß man als solcher das Recht hat, den Betrieb zu betreten, um ungehindert sein aktives Wahlrecht ausüben zu können.

Wann setzt der Kündigungsschutz ein?

In der Frage, wann der Kündigungsschutz für Betriebsratskandidaten einsetzt, ist die Rechtsauffassung der Gerichte bislang nicht einheitlich. Einerseits gibt es Urteile, nach denen der Kündigungsschutz erst in dem Moment einsetzt, in dem die Vorschlagsliste beim Wahlvorstand eingereicht ist. Andererseits gibt es auch Urteile, die besagen, im Falle von Listenwahl setzte der Kündigungsschutz bereits dann ein, wenn die vorgeschriebene Mindestzahl von Unterschriften für die Liste erreicht ist.

Harter Klassenkampf

Unsere Erfahrungen zeigen: Der Kampf für revolutionäre Betriebsräte ist ein harter Klassenkampf. Zweifellos ist es notwendig, daß wir die gesetzlichen Bestimmungen, die die Bourgeoisie zur Unterdrückung des revolutionären Klassenkampfes in den Betrieben erlassen hat, ziemlich genau kennen. Das bedeutet jedoch nicht, daß wir uns darauf verlassen dürfen, daß die Bourgeoisie selbst ihre eigenen Gesetze immer einhält. Oft genug haben wir erlebt, daß Kapitalisten ihre eigenen Gesetze gebrochen haben, um die revolutionären Kräfte im Betrieb niederzuhalten.

Bei dem Terror gegen revolutionäre Betriebsratskandidaten und -listen ist übrigens oft der DGB-Apparat die treibende Kraft, denn er fürchtet sich sehr vor eventuellen relativ hohen Stimmenzahlen für revolutionäre Listen, die für ihn dann eine politische Niederlage bedeuten.

Vergessen wir im übrigen nicht: Arbeitsgerichtsprozesse und Anfechtungsverfahren ziehen sich lange hin. Selbst wenn die Kapitalisten oder der DGB-Apparat die Prozesse verlieren, wiegt das für sie weniger schwer, als wenn es einer revolutionären Liste gelingt, sich durchzusetzen, viele Stimmen zu gewinnen und Kandidaten in den Betriebsrat zu entsenden.

Meldungen aus den Betrieben

Hamburg

Erfolg für Jürgen Dibbern

Am 7. 3. 78 gewann der kommunistische Hafenarbeiter Jürgen Dibbern seinen Arbeitsgerichtsprozeß gegen die Hafenkapitalisten. Es ging um die Zurücknahme seiner fristlosen Kündigung während des Streiks der Hafenarbeiter. Jürgen Dibbern war Streikposten gewesen und im Zusammenhang damit entlassen worden. Mit einer einstweiligen Verfügung hatte er sich bereits den Zutritt zum Betrieb erzwungen. Jetzt hat er auch seinen Arbeitsgerichtsprozeß gewonnen. Unter den Hafenarbeitern wird dieser Fall viel diskutiert. Die Kollegen fragen sich vor allem: Was ist das für eine Gewerkschaft, die einen entlassenen Streikposten nicht einmal unterstützt, wie es bei Jürgen Dibbern der Fall ist?

Mit Polizei gegen Betriebsratskandidaten

Bei der Westerwald AG in Wirges hat ein revolutionärer Kollege Unterschriften für eine revolutionär-gewerkschaftliche Liste für die Betriebsratswahlen gesammelt. Der Kollege sammelte auch am 10. 3. in der Tagschicht — seiner Freizeit —, da er zur Zeit Nachtschicht macht. Dabei forderte ihn der Personalchef auf, den Betrieb zu verlassen, drohte ihm mit einer Klage wegen Hausfriedensbruch und beurlaubte ihn bis zum 15. 3., dem Tag, an dem die Frist zur Einreichung der Vorschlagslisten für die Betriebsratswahl abläuft. Die Betriebsleitung schreckte noch nicht einmal davor zurück, den Kollegen, der weiter — wie es nach dem BVG auch erlaubt ist — seine Unterschriften sammelte, mit der Polizei aus dem Betrieb bringen zu lassen. Noch am selben Tag versuchte der Kollege eine einstweilige Verfügung gegen diese Maßnahme zu erwirken. Aber — welch Zufall! — es war kein Richter ans Telephon zu bekommen...

Bayer-Werkschutz gegen Fotografen

Vor kurzem gingen zwei Amateurfotografen in Leverkusen auf Motivsuche. Schließlich machten sie einige Schnappschüsse von einer leerstehenden Metzgerei vor dem Hintergrund des Bayer-Konzerns. Als sie nach Hause gehen wollten, wurden sie von einer Zivilstreife gestellt. Es wurden die Personalien aufgenommen, dann nahm ein Polizist Kontakt mit dem Werkschutz von Bayer auf. Einige Werkschützer erschienen kurz darauf, und der Polizist forderte die Fotografen auf, mit ihnen mitzugehen, sonst würden ihre Filme beschlagnahmt. Im Werkschutzgebäude wurden die beiden dann ausgefragt und schließlich gezwungen, ihre Filme wegen des Verdachts der Werkspionage (!) abzugeben. Grund in diesem Fall: Die beiden Fotografen waren von der DKP, was sie dem Werkschutz auch sofort auf die Nase banden. Vermutlich glaubte man, die Photos seien nicht nur für die DKP, sondern auch für ihre Auftraggeber in der DDR...

Wie dem auch sei. Auf jeden Fall wirft dieser Vorfall ein bezeichnendes Licht auf den Charakter des Werkschutzes, der von der Polizei ohne weiteres als „Betriebspolizei" anerkannt und unterstützt wird.

GEGEN REAKTION

In wenigen Wochen
10 Menschen an Meningitis gestorben

Am 3. März wird die 16jährige Rüsselsheimer Schülerin Susanne Gräter ins Krankenhaus eingeliefert. Sie hatte plötzlich rasende Kopfschmerzen und hohes Fieber bekommen. Noch in der selben Nacht stirbt das Mädchen. Die Todesursache: Gehirnhautentzündung (Meningitis). Wie ein Lauffeuer verbreitet sich am nächsten Tag die Nachricht von Susannes Tod in ihrer Schule, in der ganzen Stadt. Und diese Nachricht löst Erschrecken und Angst aus. Denn die 16jährige ist nicht das erste Opfer dieser heimtückischen Krankheit in Rüsselsheim.

Nur wenige Tage zuvor waren ein Schüler und ein Opel-Arbeiter daran gestorben. Und obwohl von den Behörden alles getan wurde, um die Sache herunterzuspielen, hatte sich eins doch nicht vertuschen lassen: Meningitis ist so ansteckend, daß die Krankheit nach dem Bundesseuchengesetz meldepflichtig ist. Auch aus anderen Städten des Bundesgebiets kommen in der letzten Woche Alarmmeldungen. Baden-Württemberg: 13 Fälle von Meningitis innerhalb von zehn Tagen, drei davon tödlich. Nordenham: drei Schulkinder erkrankt. Saarbrücken: ein Todesfall. Westberlin: drei Menschen an Meningitis gestorben.

Und das soll kein Grund zur Beunruhigung sein? Nicht einmal in Rüsselsheim, wo sich die Todesfälle am meisten häufen, gibt es irgendeine Information der Bevölkerung über Vorbeugemaßnahmen. Und ihre Sorge wird zynisch als Panik und Hysterie abgetan. Nicht einmal nach dem Tod von Susanne Gräter, als deutlich war, daß hier die ernsthafte Gefahr einer tödlichen Epidemie für die Opel-Stadt bestand, änderte sich grundsätzlich etwas daran. Die Genossen der Partei aus Rüsselsheim berichten:

„Aber was machen diese Stellen, die doch angeblich dazu da sind, für das Wohl der Bevölkerung zu sorgen? Schließlich werden sie mit Millionenaufwand aus unseren Steuergeldern finanziert. ‚Kein Grund zur Beunruhigung', heißt es im Kreisgesundheitsamt, ‚die Lage ist nicht so prekär.' Und Dr. Lust vom Rüsselsheimer Gesundheitsamt gibt überhaupt keinen Kommentar. Wollte man sich telefonisch direkt beim Kreisgesundheitsamt Ratschläge holen, so hieß es dort: ‚Ab 14 Uhr ist bei uns Gleitzeit.' Und am Wochenende wurde man durch den automatischen Anrufbeantworter abgefertigt. Das gleiche Bild bei der Rüsselsheimer Stadtverwaltung: Bürgermeister Storsberg verschanzte sich hinter seiner Geheimnummer. Stadtrat Löffert ließ durch seine Frau erklären, er sei nicht zuständig. SPD-Landtagsabgeordneter Schlappner hielt es für wichtiger, in Nauheim am Informationsstand der SPD die Persilwahlkampftrommel zu rühren. Seine Frau erklärte am Telefon schnippisch, man solle nicht so viel Geschiß machen!

So treiben diese Leute Schindluder mit den berechtigten Sorgen der Rüsselsheimer. Daß hier ein Mensch nach dem anderen von einer heimtückischen, ansteckenden Krankheit hingerafft wird, kümmert sie einen Dreck. Die einzige Maßnahme, zu der sie sich aufraffen, ist die Erfassung von 250 Schülern der Max-Planck-Schule als möglicherweise infizierte Kontaktpersonen. Aber unmittelbar gefährdet sind natürlich viel mehr Mitschüler der beiden gestorbenen Jugendlichen, sind Verwandte, Lehrer, Freunde, sind schließlich auch die Kollegen des toten Opel-Arbeiters. Aber immer noch gibt es keine Medikamente für diese Gefährdeten. „Wir können doch keinen Verkaufsstand für Penicillin aufschlagen", erklären die Behörden unverschämt.

Die Rüsselsheimer Genossen berichten weiter: „Und hier beginnt der zweite Akt des Skandals: Die betroffenen Schüler und Lehrer sowie andere besorgte Menschen versuchen, an Penicillin heranzukommen, um sich wenigstens durch Eigeninitiative zu schützen. Das Rüsselsheimer Stadtkrankenhaus erklärt sich für nicht zuständig. Es verweigert die Herausgabe von Penicillin. So sind viele Betroffene schließlich darauf angewiesen zu versuchen, sich die Medikamente in Apotheken auf eigene Faust zu beschaffen, sprich aus eigener Tasche zu bezahlen."

In Rüsselsheim wächst die Empörung der Werktätigen. Der für das Krankenhaus zuständige Stadtrat Solberg bekommt harte Worte zu hören. Er nennt es „unverständliche Reaktionen". Aber aufgrund der starken Empörung müssen schließlich alle Schulen der Stadt, die Kindergärten und auch andere Einrichtungen geschlossen werden. Nur — was ist mit Opel? Besteht etwa die Ansteckungsgefahr nur für Schüler? Die Ärzte nennen die Meningitis eine „Kasernenkrankheit", weil sie sich überall dort ausbreitet, wo Menschen auf engstem Raum zusammen leben oder arbeiten. Und genau das trifft doch auf die Werkhallen von Opel zu. Und trotzdem: Opel läßt weiterarbeiten. Kein einziger Bereich des Werks wird geschlossen, obwohl für die Kollegen, die mit dem verstorbenen Arbeiter zusammengearbeitet haben, akute Gefahr besteht. Aber was zählt für die Opel-Bosse ein Arbeiterleben? Ihr Profit ist das einzige, was diese Herren interessiert. Und die Gesundheitsämter, die Stadtverwaltung unternehmen nichts, um die gefährdeten Opel-Kollegen zu schützen.

Die Werktätigen Rüsselsheims fragen sich: Wer muß noch sterben an der Meningitis? Denn obwohl die Staatsorgane weiterhin die Gefahr herunterspielen und sogar die Schließung der Schulen Anfang der Woche wieder aufgehoben wurde, ist die Lage unübersichtlicher und besorgniserregender denn je. Wie eine Bombe schlug vor einigen Tagen die Nachricht ein, daß gegen den in Rüsselsheim auftretenden Erreger C Penicillin völlig nutzlos ist. Und gerade dieses Medikament war immer als Allheilmittel gegen die tödliche Krankheit angepriesen worden. Das Bundesgesundheitsamt hat dazu festgestellt, daß es in der Bundesrepublik bis heute keinen von diesem Amt zugelassenen Impfstoff gegen die Meningitis gibt.

Und das, obwohl es in jedem Jahr 1.100 bis 1.400 Erkrankungen gibt, von denen zehn Prozent tödlich verlaufen. Es gebe eben jedes Jahr, so die „Experten" des Gesundheitsamtes, nach der Grippewelle ein regelmäßiges Emporschnellen der Meningitis-Erkrankungen. Aber: „An besondere Vorbeugungsmaßnahmen ist nicht gedacht." Und in Düsseldorf erklärte der Leiter der Seuchenabteilung beim NRW-Sozialministerium: „Wir müssen uns angewöhnen, mit der Meningitis zu leben." Zu leben? Vor vier Jahren löste der Erreger C in Brasilien eine Massenseuche aus, bei der über 3.000 Menschen den Tod fanden. So werden in diesem Staat solche gefährlichen Krankheiten, die Hunderten den Tod bringen, einfach zu natürlichen Erscheinungen erklärt und kein Finger wird gerührt, um sie vorbeugend zu bekämpfen und auszurotten. Ein solcher Staat, für den das Leben der Werktätigen nichts, der Profit der Kapitalisten alles ist, verdient nichts anderes, als in der proletarischen Revolution zerschlagen zu werden.

Heidelberger Altstadt von Polizei besetzt
Brutaler Überfall auf Studentenhaus

In der Nacht zum Montag, den 6. 3., stürmten ca. 2.000 Polizisten, Bundesgrenzschutz und Mobile Einsatzkommandos das größte Studentenwohnheim in der Heidelberger Altstadt, das Collegium Academicum (CA). Mit Kampfanzügen und Gasmasken ausgerüstet, Pistole, Tränengasbomben, Enterhaken und Axt griffbereit, drangen sie in das Gebäude ein, während draußen Wasserwerfer und Panzerspähwagen auffuhren und ein Flutlichtwagen das nötige Licht für diesen Überfall lieferte.

Das CA gehört der Universität Heidelberg. Nach dem Krieg gegründet, diente es seit vielen Jahren nicht nur 130 Studenten als ein von ihnen verwaltetes Wohnheim, sondern seine Räume standen auch für Veranstaltungen, Diskussionsgruppen und sonstige Treffen zur Verfügung. Damit wurde das CA für die Universitätsverwaltung zum politischen Problem, das mit seiner gerichtlich beschlossenen Auflösung zum 28. Februar gelöst werden sollte. Seit diesem Tag wurde das CA von seinen Bewohnern und anderen Jugendlichen besetzt gehalten. Da jederzeit mit einem Polizeiüberfall zu rechnen war, wurde ein telefonisches Warnsystem eingerichtet, mit dem jederzeit mehrere hundert Menschen zum CA mobilisiert werden konnten. Schon samstags hatte die Polizei vorgehabt, das Gebäude zu räumen, doch waren zu dem Zeitpunkt zu viele Menschen versammelt, so daß sie sich auf das Zur-Schau-Stellen ihrer militärischen Stärke beschränkte. An diesem Abend gab es zum ersten Mal seit zehn Jahren wieder ein großes Polizeifest in der Heidelberger Stadthalle, auf dem der erwartete Sieg wohl begossen werden sollte. Doch ist ihnen diese Freude vereitelt worden.

In der kommenden Nacht schlugen sie dann zu. Jeder, der aus dem CA herauskam, wurde von einem Fernsehwagen heraus gefilmt und fotografiert. Die 130 Bewohner wurden ohne Ersatzwohnraum auf die Straße gesetzt. Zynisch wurde ihnen erklärt, Einzelpersonen könnten ja gar nicht obdachlos werden. Außerdem seien Studenten eine Bevölkerungsgruppe mit hoher Mobilität, das heißt, sie lebten ohne feste Bindungen und könnten jederzeit umgesetzt werden. Im Rahmen der Altstadtsanierung Heidelbergs verfolgen Studentenwerk, Stadt- und Universitätsverwaltung den Plan, die selbstverwalteten Studentenwohnheime in der Altstadt aufzulösen und ihre Bewohner in die Randgebiete zu verdrängen. An ihrer Stelle sollen teure Appartementhäuser, im Falle des CA ein Verwaltungsgebäude, entstehen. Denn die Heidelberger Altstadt soll noch mehr mit Banken, Kaufhauskonzernen, Boutiquen und Touristenshops überzogen werden, die der Bevölkerung das Geld aus der Tasche ziehen wollen. Was dann noch an Wohnfläche bleibt, wird an Leute mit Geld vermietet. Zu diesem Zweck kauft die Stadt Häuser auf, läßt sie verkommen und kündigt dann den Bewohnern, weil „diese Häuser den heutigen Wohnbedürfnissen nicht mehr entsprechen". So sollen in Zukunft in der Altstadt weniger Menschen und nur noch solche mit Geld wohnen, „wertvolle Bürger", wie sich Baden-Württembergs Ministerpräsident Filbinger ausdrückte.

Mit welchem Widerstand die Bourgeoisie dabei rechnen muß, zeigt sich am CA. Gleich nach der Stürmung wurde das ganze angrenzende Straßenviertel von Polizei umstellt. Keiner durfte mehr durch, selbst Bewohner der angrenzenden Häuser durften den Montag über ihre Wohnung nicht betreten. Parkende Autos wurden abgeschleppt. Bauarbeiter rissen die Fenster des CA heraus und vernagelten die Öffnungen mit Brettern. Die Zuschauer empörten sich immer mehr. Ein alter Mann: „Was früher die SS war, ist heute die Polizei. Das ist ja wie in der Nazi-Zeit!" Oder: „Heute stehen sie vor dem CA, morgen vor einer Fabrik, in der die Arbeiter ausgesperrt werden!"

Am frühen Abend zog eine Demonstration von 500 Menschen durch die Altstadt, die gegen die Räumung des CA protestierten. Und dann schlug die Polizei zu: Zehn bis 15 Einheiten stürmten auf die Demonstranten los und prügelten mit Gummiknüppeln und Holzstöcken auf sie ein. Wahllos schlugen sie auf Demonstrationsteilnehmer und Passanten und hetzten sie durch die Straßen. Inhaber kleiner Geschäfte machten ihre Tür auf und ließen die Verfolgten herein, was die Polizei nicht daran hinderte, in die Geschäfte zu stürmen und dort Festnahmen vorzunehmen. Mindestens acht Personen wurden durch den Polizeieinsatz zum Teil schwer verletzt. Wer aufgrund seiner Verletzungen die Klinik aufsuchen mußte, lief noch Gefahr, eine Anzeige wegen Landfriedensbruch zu bekommen, denn die Polizei rief dort an und wollte die Namen der Verletzten wissen. Vergeblich! Das Klinikpersonal war empört über diese Brutalität und gab keinen Namen heraus!

Angestachelt durch die Schlägereien rückten die Bullen am nächsten Morgen mit Vertretern der Stadt in ein Wohnheim in der Brunnengasse, das der Stadt gehört, um dort ihren Terror fortzusetzen. In diesem Wohnheim, das ebenfalls aufgelöst werden soll, stehen seit Monaten Zimmer leer und dürfen nicht vermietet werden. Diese Zimmer, die von den Bewohnern als Küchen- und Gemeinschaftsräume eingerichtet wurden, sollten geräumt werden. Auf der Straße warteten schon die LKW's, um Möbel und Geschirr abzutransportieren. Diese Schikane konnte durch das entschlossene Auftreten der Hausbewohner erstmal verhindert werden, doch ist abzusehen, daß die Stadt ihren Terror fortsetzen wird. Die Bewohner haben in diesen Auseinandersetzungen gelernt, daß sie und die Stadt gegensätzliche Interessen haben und daß sie ihre Interessen nur durch einen entschlossenen Kampf durchsetzen können.

Frankfurt "Chemische Keule" gegen Schulkinder





Mit der „Chemischen Keule" und Schlagstöcken gingen die Begleiter von Dregger gegen diese Schüler der Ziehenschule vor.

Fortsetzung von Seite 1

Vier Kinder müssen sofort zum Arzt. Ein Kind aus der achten Klasse muß länger behandelt werden. Hornhautätzung. Ein elfjähriges Kind liegt in der Augenklinik der Universität. Mußten die Polizisten das „Leben" dieses Politikers vor den Kindern schützen? Waren „Gewalttätigkeiten" zu befürchten? Nichts von alledem. Die Augenzeugen, darunter Fotoreporter der Frankfurter Tageszeitungen, berichten, daß die Polizei völlig willkürlich und zynisch diese gefährliche Waffe gegen die Kinder eingesetzt hat, um diesem Herrn Dregger „den Weg zu bahnen".

Es ist in Frankfurt nicht das erste Mal, daß die Polizei „Chemical Mace" gegen Kinder einsetzte. 1975 sprühte sie dieses gefährliche Gasgemisch gegen Kinder in der Marburger Straße, die für einen sicheren Weg zum Spielplatz demonstrierten. Bereits in einer Konzentration von 0,85 mg/cbm hat das Gasgemisch CN eine gesundheitsschädliche Wirkung und ist tödlich ab 11 mg/cbm. Sogar die Herstellungsfirma warnt: „Der Tränengasprojektor kann zu schweren Verletzungen führen." Trotzdem sind inzwischen fast alle Polizisten in der Bundesrepublik mit dieser „Chemischen Keule" ausgerüstet.

Der brutale und barbarische Einsatz dieser Waffe gegen Kinder wird vielen die Augen öffnen: Die Polizei ist eine Knüppelgarde, die wirklich vor nichts zurückschreckt. Dregger hatte in diesem Gymnasium, trotz der Proteste von zwei Dritteln der Lehrer und der Schülervertretung, eine Hetzrede gehalten. Er hatte unter anderem wütend über den „Linksfaschismus" gegeifert (damit meint er den Kommunismus). Der Polizeieinsatz gegen die Kinder vor der Schule aber zeigt mehr als alle Worte, wer tatsächlich auf den Faschismus zusteuert und faschistischen Terror ausübt: dieser Staat.

UND FASCHISMUS!

RHD-Prozeß: Das Gericht mußte zurückstecken

Zuerst Gefängnis ohne, jetzt mit Bewährung

Am 7. und 10. März fand in Dortmund der Berufungsprozeß gegen Dieter Kwoll statt. Dieter war 1975 und 1976 presserechtlich verantwortlicher Redakteur der Rote-Hilfe-Zeitung. In der ersten Instanz hatte ihn das Amtsgericht wegen „Beleidigung der Duisburger Polizei" und „Verunglimpfung der Bundesrepublik" zu einer zehnmonatigen Gefängnisstrafe verurteilt. Ohne Bewährung! Dieses Urteil muß fallen! Das war die einhellige Meinung empörter Roter Helfer und vieler Freunde der RHD. Sie verbreiteten über dieses Urteil, das die Wahrheit über den Tod unseres Genossen Günter Routhier unterdrücken sollte, zahlreiche Flugblätter. Sie mobilisierten für den Besuch des Prozesses. Und so war an beiden Prozeßtagen die Zuschauerbank voll.

Über 16 Monate ließ sich das Gericht für den Berufungsprozeß Zeit. Denn die Prozeßwelle im Zusammenhang mit dem Tod Günters hatte viel Staub aufgewirbelt. In zahllosen Verhandlungen hatten die Genossen die Geschichte von der Unschuld der Polizei ins Wanken gebracht. Die Behauptung der Gerichte, auf die Wahrheit komme es nicht an, die Äußerungen über die Polizei seien „Formalbeleidigungen", empörte immer mehr Menschen. Besonders, wenn damit sogar Gefängnisurteile begründet wurden. Der Bundesgerichtshof schaltete sich ein und entschied in einem Routhier-Verfahren, für die Höhe (!) der Strafe sei auch bei einer Formalbeleidigung „die Wahrheit der behaupteten oder verbreiteten Tatsache nicht bedeutungslos". Eine geschickte „Lösung", denn bei geringeren Strafen ist also auch weiterhin unwichtig, ob die angebliche Beleidigung den Tatsachen entspricht.

Bei Dieter Kwoll, der zu zehn Monaten Gefängnis verurteilt war, mußte sich nun allerdings das Gericht im Berufungsprozeß bequemen, die Umstände des Polizeieinsatzes, der zum Tode Günters führte, zu behandeln. Jetzt, vier Jahre nach der Polizeiprügelei im Duisburger Arbeitsgericht! Kurz nach dem Tod ihres Mannes hatte Frau Routhier Mordanzeige erstattet und die Vernehmung der Polizisten beantragt. Damals weigerten sich die Polizisten zynisch; als „Beschuldigte" würden sie nichts aussagen. Und die Staatsanwaltschaft unterstützte sie dabei. Vier Jahre später tauchen sie nun als „Zeugen" in diesem Prozeß auf. Es ist klar, daß dies mit „Wahrheitsfindung" nichts zu tun hat, sondern ein weiterer Versuch ist, die Polizei reinzuwaschen. Entsprechend waren die Aussagen! Kein „Fehlverhalten" der Polizei. Wie bisher Widersprüche in den Aussagen der beiden Polizisten, die Günter abtransportierten.

Entscheidend für den Prozeßverlauf war allerdings der zweite Prozeßtag. Die Polizisten sollten nachweisen, daß die Rote-Hilfe-Zeitungen, gegen die sie Anzeige erstattet hatten, auch verkauft oder verteilt worden waren. In der ersten Instanz hatte das Gericht dies unterstellt. Und siehe da, bei zwei Nummern konnten die politischen Polizisten niemanden angeben, der sie verteilt oder in Empfang genommen hat. In einem Fall hatte der berüchtigte Polizeibeamte Schabronat die RH-Zeitung einem Untergebenen auf den Tisch geknallt: „Mach mal eine Anzeige." Und woher er sie hatte? „Ich habe meine Leute, die sie für mich kaufen."

Ebenso „wertlos" für die Staatsanwaltschaft war der Richter der ersten Instanz. Er hatte in seiner Urteilsbegründung dem Angeklagten Dieter Kwoll Behauptungen zugeschrieben, die Dieter nicht gesagt hatte. Unter anderem, Dieter sei Mitglied der KPD/ML, er habe versucht, Kinder „politisch zu indoktrinieren". Kleinlaut gab dieser Richter als „Zeuge" zu, diese Äußerungen im Urteil seien Wertungen von seiner Seite gewesen.

Unter diesen Umständen mußte der Staatsanwalt zurückstecken. Er forderte acht Monate auf Bewährung. Das Gericht entschied auf vier Monate mit dreijähriger Bewährung und 500 Mark Geldstrafe. Grundlage dieses Urteils war allerdings nicht mehr § 185 (Formalbeleidigung), sondern § 186 (üble Nachrede) und § 187 (Verleumdung). Eine eindeutige Verschärfung der Anklagepunkte, begründet mit der unverschämten Behauptung, das Gericht habe mit der Vernehmung der Duisburger Polizisten den „Wahrheitsbeweis" geführt. Bei Dieter hat dieses Urteil zu einer niedrigeren Strafe geführt, das ist ein Erfolg. Doch es ist kein Freispruch. Es ist und bleibt staatlicher Terror. Gerade für die weiteren Routhier-Prozesse bedeutet das Dortmunder Urteil, daß die Klassenjustiz nun mit schärferen Paragrafen gegen die Verbreitung der Wahrheit über den Tod des Genossen Günter Routhier vorgehen will. Das Terrorurteil gegen Michael Banos, ebenfalls ehemaliger Redakteur der Roten-Hilfe-Zeitung, in der Höhe von sieben Monaten Gefängnis ohne Bewährung, demonstriert deutlich den Haß der Bourgeoisie und ihrer Klassenjustiz auf die Arbeit der RHD. Verbreitet die Wahrheit über die politische Unterdrückung! Unterstützt die Rote Hilfe Deutschlands!

Prozess gegen Zeugen der Verteidigung

Freibrief für Polizeilügen

Ein Zeuge tritt in einem Prozeß auf. Er sagt etwas anderes, als die Polizei behauptet. So ungewöhnlich ist das heutzutage wirklich nicht. Nur, daß er dann wegen dieser Zeugenaussage selbst vor Gericht gezerrt wird, wegen „uneidlicher Falschaussage", das ist schon ungewöhnlich. Es ist in Bonn geschehen. Am 1. März verurteilte das Bonner Landgericht den Kommunisten Franz Meurer wegen einer angeblich unrichtigen Zeugenaussage zu einer Gefängnisstrafe von sechs Monaten auf Bewährung. Ein ungeheuerliches Urteil, das nicht nur Franz Meurer betrifft. Es ist eine kaum verhüllte Drohung an alle, nur ja nicht in Prozessen als Zeuge gegen die Polizei aufzutreten.

Franz Meurer war in einem Prozeß gegen Teilnehmer der Kundgebung unserer Partei anläßlich einer Pazifisten-Veranstaltung im Jahre 1974 als Zeuge der Verteidigung aufgetreten. Er sagte vor Gericht aus, die Angeklagte habe sich bei ihrer Festnahme nicht gewehrt. Drei Polizisten behaupteten das Gegenteil. Die Angeklagte wurde damals verurteilt, unter anderem wegen „Widerstandsleistung". Und der Zeuge Franz erhielt eine Anzeige wegen „uneidlicher Falschaussage". Nach der Devise: Die Polizei hat immer recht! Und wer das Gegenteil behauptet, wird bestraft!

Der Richter in dem jetzigen Verfahren legte es von Anfang an darauf an, Franz Meurer zu verurteilen. Dazu besorgte er sich sämtliche Urteile gegen diesen Genossen — er hatte unter anderem Geldstrafen durch eine Festnahme beim „Roter Morgen"-Verkauf erhalten. Auf die Frage, warum er sich diese Urteile besorgte, deutete der Richter an, daß er bei diesem Prozeß eine „Gesamt"-Strafe machen wolle.

Ähnlich eindeutig behandelte er die Aussagen der Polizei-„Zeugen". Daß sich keiner der vorgeladenen Polizisten an den vier Jahre zurückliegenden Vorfall erinnern konnte, störte diesen Richter nicht. Er las den Polizisten jeweils ihre damals protokollierten Aussagen vor. Und dann sagten diese „Zeugen": „Was ich damals zu Protokoll gab, stimmt alles, heute aber weiß ich davon nichts mehr." So einfach ist das also.

Bezeichnend ist, daß sich die Polizisten sogar noch für diese Aussagen vor der Tür des Gerichtssaales absprachen. Der Polizeikommissar steckte seinen Untergebenen Aussagenotizen zu. Als eine Zeugin diese Beobachtung dem Richter meldete, zeigte er sich verunsichert. Doch die Verurteilung war für ihn trotzdem selbstverständlich. Es ging ihm darum, das Bild der Polizei reinzuwaschen. Nach der Art jenes Staatsanwaltes Weiss-Bollandt, den Genosse Franz vor Gericht zitierte. Dieser Sonderstaatsanwalt für Demonstranten in Frankfurt hatte vor einem Arbeitskreis der Rechtsreferendare in der ÖTV aus der Schule geplaudert: „Wenn ich den Polizisten bejahe, der nach vorne rennt, um sich mit Linksradikalen zu prügeln unter Einsatz seiner Gesundheit, dann muß ich diesem Charakter auch zugestehen, hierbei einmal zu weit zu gehen. Weil das aber so ist, daß ich es den Beamten einfach nicht verübeln kann, dann finde ich es auch richtig, wenn Polizeibeamte sich durch ihre Aussagen gegenseitig decken. ... Wo kommen wir denn hin, wenn ein Polizist sich nicht mehr auf die Kameradschaft seiner Kollegen verlassen könnte, wenn er sich nicht mehr darauf verlassen könnte, daß sein Kamerad zu ihm hält und ihn notfalls deckt."

In unzähligen Prozessen hat sich die Klassenjustiz so verhalten. Sie hat ein Auge zugedrückt, wenn Polizisten logen, ja, sie hat es oft genug als Beweis für die „Glaubwürdigkeit" der Zeugenaussagen hingestellt, wenn sich Polizisten widersprachen. Mit dieser Anklage gegen einen Zeugen, der etwas anderes aussagt als die Polizei, geht die Klassenjustiz einen Schritt weiter. Das Terrorurteil, sechs Monate Gefängnis auf Bewährung, ist ein richterlicher Freibrief für jede Polizeilüge. Es ist eine Drohung für jeden Zeugen: Wenn du etwas anderes aussagst als die Polizei, dann wirst du strafrechtlich verfolgt!

Wie fadenscheinig die Anklage in diesem Prozeß bis zum Schluß blieb, machte der Staatsanwalt in seinem Schlußplädoyer deutlich. Er behauptete, daß Franz Meurer mit der Aussage, er könne ausschließen, daß sich die festgenommene Demonstrantin gewehrt habe, straffällig geworden sei. Hätte er nur gesagt, er hätte das gesehen, wäre es angeblich nicht zum Prozeß gekommen. Was auf den ersten Blick wie ein Streit um Worte aussieht, gibt sich schnell als Gesinnungsurteil zu erkennen. Denn da die Beweise nicht schwer genug wogen, begründeten Staatsanwalt und Richter die Gefängnisstrafe damit, daß Franz trotz bisheriger Geldstrafen an seinem Kampf gegen den kapitalistischen Staat festgehalten habe und keine Reue zeige.

Keine Mordanklage gegen Polizisten!

Hanau. Das Oberlandesgericht Frankfurt hat jetzt beschlossen, keine Anklage gegen den Polizisten Jürgen Lörcher aus Rodenbach (Hanau) zu erheben. Dieser Beamte hatte im Februar des letzten Jahres den 14jährigen Schüler Peter Lichtenberg erschossen. „Irrtümliche Notwehr", so begründet die Staatsanwaltschaft die Einstellung des Verfahrens. Wie wenig die Staatsanwaltschaft ein Interesse hatte, den Polizisten zu belangen, zeigt schon die Tatsache, daß sie noch nicht einmal den Polizisten persönlich verhört hat und daß sie auch das leerstehende Haus



Peter Lichtenberg

nicht aufsuchte, in dem der Schüler erschossen wurde. Diese Einstellung des Verfahrens macht deutlich, daß dieser Staat schießwütige Killer braucht und unterstützt. Kampf dem Polizeiterror!

Faschisten bei der Bundeswehr

Oldenburg. Anfang Februar protestierten mehrere hundert Antifaschisten gegen eine NPD-Kundgebung in Oldenburg. Damals schlugen Polizisten und Faschisten gemeinsam auf die Demonstranten. Ein Soldat berichtet nun, daß einer der verantwortlichen NPDler, Stabsunteroffizier Kühl, beim Standort Oldenburg ist. Dieser Faschist wird überdeutlich von den Offizieren des Bataillons geschützt. Er darf unbehelligt Propagandamaterial, z. B. die Broschüre „Auschwitz — eine Lüge", mit sich durch die Kasernen schleppen. In seiner Kammer hängen Plakate und Aufkleber der NPD/JN. Der Soldat berichtet, daß dieser üble Faschist mit Schlägereien protzt, die er in ganz Norddeutschland mit Antifaschisten hatte. Seine Schlägerausbildung hat er von Polizisten, die in den Reihen der NPD sind, erhalten. Kämpfen wir gegen diese Faschisten in Uniform!



5. 2. 78, Oldenburg: Polizisten prügeln gemeinsam mit den Nazis auf Demonstranten ein.

Iranische Studenten aus der DDR abgeschoben

Ostberlin. Die DDR-Behörden haben zwölf iranische Studenten, die aus Protest gegen das Massaker des Schah-Regimes in Täbris die iranische Botschaft in der DDR besetzt hatten, in einem Schnellverfahren zu Strafen bis zu zwölf Monaten Gefängnis abgeurteilt und zwei Stunden später über die Grenze nach Westberlin abgeschoben. Dieses Urteil demonstriert deutlich die Kollaboration zwischen der sozialfaschistischen DDR und dem faschistischen Schah-Regime.

Pieper fällt wieder auf

Hamburg. Erst vor einem Monat hatte die Klassenjustiz in Hamburg ihre Probleme mit Senatdirektor Dr. Pieper. Er hatte sturzbetrunken in einem Nachtklub seine Dienstpistole gezogen und abgedrückt. Der Beamte wurde, trotz großer Empörung in der Bevölkerung, nur zu neun Monaten Gefängnis auf Bewährung verurteilt. Nun wurde dieser Dr. Pieper wieder gefaßt. Betrunken fuhr er ein Auto und rammte einen anderen Wagen. Als er flüchten wollte, hielten ihn Passanten fest. Blutprobe, Führerschein weg, Strafanzeige. Nach Fahrerflucht ist normalerweise die Bewährung gestrichen. Wir sind gespannt, was der Hamburger Justiz nun einfällt, um diesen höchsten Gefängnisaufseher vor einem Gefängnisaufenthalt zu bewahren.

Handzettel gegen Polizeirazzia

Marburg. Vor einigen Wochen machte die Polizei nachts gegen drei Uhr in einer Marburger Kneipe eine Razzia. Zwei Genossen aus Marburg verteilten dazu einen Handzettel über die Kontrolle und über die neuen Razziengesetze in der betreffenden Wirtschaft. Sie kamen mit vielen Gästen ins Gespräch. Zwei Gäste sagten, auf dem Handzettel stünde genau das, was sie während der Razzia gedacht hätten. Die Genossen schreiben: Wir sind der Meinung, daß man viel häufiger in ähnlichen Situationen die Betroffenen gezielt ansprechen sollte.

Gefängnis für Buback-Artikel

Karlsruhe/Hanau. Zu sechs Monaten Gefängnis verurteilte das Karlsruher Landgericht in zweiter Instanz eine 20jährige Laborantin, weil sie für einen Artikel verantwortlich war, in der die Hinrichtung Bubacks als „kraftloses Scheibenschießen" bezeichnet worden war. Zu drei Monaten Haft wurde in Hanau ein 30jähriger arbeitsloser Lehrer verurteilt. Er hatte im Gespräch geäußert: „Buback ist der bestbezahlte Verbrecher Deutschlands." Diese Terrorurteile werden den Haß der Bevölkerung auf solche Vertreter der Bourgeoisie wie Buback nicht erstikken können!

Faschisten sprengen Lesung eines Schriftstellers

Kamen/Bönen. Als der Westberliner Schriftsteller Edgar Hilsenrath in der Volkshochschule Kamen aus seinem satirischen Roman über die Nazizeit vorlesen wollte, störten 18 mit Fahrradketten bewaffnete Faschisten die Lesung mit Hetzreden darüber, wie er — als Jude — dazu käme, den Führer zu beleidigen. Ein herbeigerufener Polizist schaute sich nur kurz im Saal um und ging wieder. Am folgenden Abend in Bönen tauchten wieder NPD-Mitglieder auf. Der Volkshochschuldirektor rief die Polizei an und bat um Schutz. Dies sei nicht Aufgabe der Polizei, wurde ihm erklärt. Der VHS-Leiter Kurrasch rief darauf die Kreispolizei in Unna an. Sie erklärte sich ebenfalls nicht für zuständig. Daraufhin zogen sich die Besucher der Veranstaltung in eine Privatwohnung zurück. Dieses provokative Auftreten der Faschisten, die stillschweigende Unterstützung der Polizei für ihre Aktion sind ein empörendes Beispiel für das Wiederaufleben des Faschismus. Nieder mit Reaktion und Faschismus!

Prozeß um „Buback-Nachruf"

Göttingen. Am 6. März begann vor dem Göttinger Landgericht der Prozeß gegen vier Studenten, die für die AStA-Zeitung verantwortlich waren, in der der sogenannte „Buback-Nachruf" zuerst erschien. Ihnen wird „Volksverhetzung" und „Verunglimpfung des Staates und Bubacks" vorgeworfen. Nach der unerhörten Hetzkampagne in der bürgerlichen Presse versucht nun auch das Gericht, diese Studenten als Kriminelle abzustempeln. Mehr als 400 Polizisten wurden um das Gerichtsgebäude postiert. Jeder der Angeklagten mußte sich nach Waffen durchsuchen lassen. Kämpfen wir gegen diesen Angriff auf die Meinungs- und Pressefreiheit! Freispruch für die angeklagten Studenten!

Demonstranten gegen SS-Treffen zu Gefängnis verurteilt

Würzburg. Unter den Demonstranten, die am 10. September 1976 gegen ein SS-„Kameradschaftstreffen" protestiert hatten, waren auch vier Zigeuner, ein Vater und seine Söhne. Der größte Teil ihrer Verwandten war während des Nazifaschismus in den Konzentrationslagern umgebracht worden. Ein Würzburger Gericht hat sie jetzt in einer Berufungsverhandlung verurteilt. Den Vater zu neun Monaten mit Bewährung, einen Sohn zu einem Jahr Gefängnis, einen zweiten zu 15 Monaten Gefängnis, beide ohne Bewährung. Die Strafen liegen damit noch höher als in der ersten Verhandlung! Der Staatsanwalt warf ihnen vor, Angehörige dieser SS-Mörderorganisation „durch die Straßen gehetzt und dann verprügelt zu haben". Das Urteil macht deutlich, welche Richtung dieser Staat einschlägt: Kurs auf ein neues 33!

Korrespondenzen

Redaktion „Roter Morgen" Wellinghofer Str. 103 Postfach 30 05 26 46 Dortmund 30

Proteste gegen „Abhör"-Wanzen

Liebe Genossen,
am 25. 2. 78 erschien auf der Titelseite der „Wilhelmshavener Zeitung" ein Artikel, in dem sich die Post darüber beklagt, daß in Wilhelmshavener Stadtteilen Heppens, Atengroden und am Wiesenhof den Technikern, die in die Telefonapparate ein zusätzliches Teil einbauen wollten, von zahlreichen Werktätigen die Tür gewiesen wurde. Sie meinten, daß die Post bei ihnen Abhörwanzen einbauen wollte. Der Artikel beweist, wie groß das Mißtrauen der Werktätigen in diesen Staat ist und daß sie sich spontan zur Wehr setzen, wenn sie meinen, sie werden bespitzelt. Es hat sich offenbar um so massenhafte Proteste gehandelt, daß sich die Post genötigt sah, auf der Titelseite der Samstagsausgabe der WZ einen Bericht schreiben zu lassen, in dem sie einerseits um Verständnis für diese Aktion der Post wirbt und andererseits mit kostenpflichtigen Folgen droht.

Rot Front!
Ein Genosse aus Wilhelmshaven.

Bettenberg — auf dem Flur von Station D 11

Liebe Genossen,
vor drei Wochen wurde ich auf die Station D 11, die Station für innere Krankheiten, des Langendreerer Knappschaftskrankenhauses gelegt. Schon als ich ankam, gab es große Probleme, wohin mit mir. Eine Oma kam wegen einer Operation auf eine andere Station — mein Glück — ich bekam ihren Platz. Schon vorher, als ich auf der Station E 12 lag, machte man aus Dreibettzimmern Vierbettzimmer. Das war ein Zustand, der kaum auszuhalten war. Auf D 11 machte man es anders. Da legte man die Patienten auf den Flur. Auf dem Flur zieht es, man hat weder Waschkabine noch Toilette. Die betroffenen Patienten waren unheimlich empört.

Eines Morgens kam eine neue Patientin mit hohem Blutzucker. Sie war vor zwei Wochen schon einmal vertröstet, dann für einen Freitag bestellt worden. An diesem Tag hatte sie von 8 Uhr morgens bis 14 Uhr nüchtern auf mehreren Stationen der inneren Abteilung gewartet, bis sie wieder abgeschoben wurde. Sie sollte am nächsten Dienstag wiederkommen. An diesem Tag hatte man sie auf D 10 von 8 bis 10 Uhr warten lassen. Dann stand fest, es gibt kein freies Bett. Sie sollte auf D 11 fragen.

Auf D 11 meldete sie sich an und wartete. Es wurde 11.30 Uhr. Die Frau war empört und fertig mit den Nerven. Sie kann nicht verstehen, wie man eine kranke Frau so behandeln kann. Auch an diesem Tag durfte sie nichts essen. Wir unterhielten uns mit ihr und gaben ihr Tips, wie sie den Arzt erreichen könnte. Der Arzt sagte ihr dann, sie müsse unbedingt sofort behandelt werden, aber auf seiner Station sei kein Bett frei, und zwei lägen schon auf dem Flur. Sie solle mal auf die Station D 10 gehen!!!

Wie ist das doch? Was sagen Farthmann und Konsorten dauernd? Es gäbe zu viel Betten. Der Bettenberg müsse abgebaut werden. Diesen Typen kann man kein Wort glauben. Es gibt wahrscheinlich nur in ihren Privatkliniken viele leere Betten.

Rot Front!
Eine Genossin aus Bochum.

Wahlkampflügen über ein Kinderheim

Liebe Genossen,
ich arbeite im Städtischen Kinderheim einer Stadt in Schleswig-Holstein. Am 5. März waren dort Kommunalwahlen, und die CDU, die diese Stadt regiert, hat mit Wahlversprechen nicht gegeizt. So versprach sie unter den Jugendforderungen, daß das Kinderheim kleinere Gruppen bekommen solle und Gruppenhäuser gebaut werden sollen. Wie sieht nun die Wirklichkeit aus?

Zu den kleineren Gruppen: Tatsächlich werden einige Gruppen zunächst kleiner, aber nicht aus pädagogischen Gründen, sondern weil das Jugendamt die Kinder in Pflege geben wird, weil das kostengünstiger ist. Worum es weiter geht, ließ der Bürgermeister, als er das Kinderheim besuchte, durchblicken. Weil ja die Gruppen kleiner werden, wird eine Gruppe, das Jugendhaus, ganz geschlossen, und einige Kinderpflegerinnen können sich auf ihre Versetzung schon seelisch vorbereiten. Sie müssen sich diese Versetzung laut Arbeitsvertrag gefallen lassen, sonst werden sie gekündigt. Eine Planstelle wird jetzt schon nicht mehr besetzt, die der versetzten Kollegen dann später auch nicht mehr. Genau wie die der beiden Nachtwachen, die versetzt bzw. pensioniert werden und deren Stunden dann vom sonstigen Personal aufgefangen werden müssen. Nun zu den Gruppenhäusern. Die schöne Forderung nach Jugendhäusern ist schon seit fünf Jahren im Gespräch. Es wurde auch schon Geld bewilligt, aber nicht für ein Jugendhaus, sondern für das neue Haus des Heimleiters. Als das Geld bewilligt war, kündigte der Heimleiter allerdings.

Aber nun verwandten die Bürokraten das bewilligte Geld nicht etwa für ein Gruppenhaus oder für ein Jugendzentrum. Nein, das Geld für das Heimleiter-Haus war bewilligt — das Haus mußte gebaut werden — und stand ein Jahr (!) leer. Das ist nun schon einige Jahre her. Doch heute entblödet sich die CDU nicht, großspurig von neuen Gruppenhäusern zu faseln. Anstatt die Gruppen aufzuteilen, die Räumlichkeiten voll zu nutzen und Planstellen zu erhalten, soll rationalisiert werden, fünf bis sechs Planstellen gestrichen, Kinderpflegerinnen versetzt werden, die Arbeitsbelastungen durch zusätzliche Nachtwachen erhöht werden. So sieht die Wahrheit aus, die hinter den verlogenen Propagandasprüchen der CDU steht.

Rot Front!
Ein Genosse aus Schleswig-Holstein.

Zur Antifaschistenaktion in Göttingen

Liebe Genossen,
über den Abdruck unseres Berichts über die Zerschlagung der Nazikundgebung haben wir uns natürlich sehr gefreut. Nachträglich müssen wir allerdings selbstkritisch feststellen, daß durch unsere Formulierungen der Eindruck entstanden ist, als hätten hauptsächlich wir und eine demokratische Initiative die Massen mobilisiert. Auf der Seite 1 im RM 7/78 entsteht sogar der Eindruck, als hätten sich die Massen hauptsächlich wegen des Aufrufs von uns und der demokratischen Initiative auf dem Marktplatz eingefunden. Dies entspricht sicher nicht den Tatsachen. So war ein Großteil der Antifaschisten sicher auch deswegen gekommen, weil andere Organisationen (z. B. der KBW), wenn auch nicht öffentlich, so doch intern mobilisiert hatten.

Rot Front!
Genossen aus Göttingen.

Parteiveranstaltungen:

Neumünster: Veranstaltung zu den Betriebsratswahlen, 17. 3., 19 Uhr, „Ratsherrenklause", Rendsburgerstraße.
Neumünster: „Fünf Jahre KPD/ML in Neumünster", Veranstaltung, 8. 4., 18 Uhr, Hansa-Haus, Hansaring.

Bestellen Sie Informationsmaterial der KPD/ML

○ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD/ML
○ Ich bitte um Zusendung einer Probenummer des „Roten Morgen"
○ Ich möchte den „Roten Morgen", das Zentralorgan der KPD/ML, abonnieren
○ Ich möchte zu Veranstaltungen der KPD/ML eingeladen werden

NAME ....
WOHNORT ....
STRASSE ....

Ausschneiden und einsenden an das Parteibüro der KPD/ML, Wellinghoferstr. 103, Postfach 300526, 4600 Dortmund 30.

Vorwärts zum I. Kongress der Roten Garde!

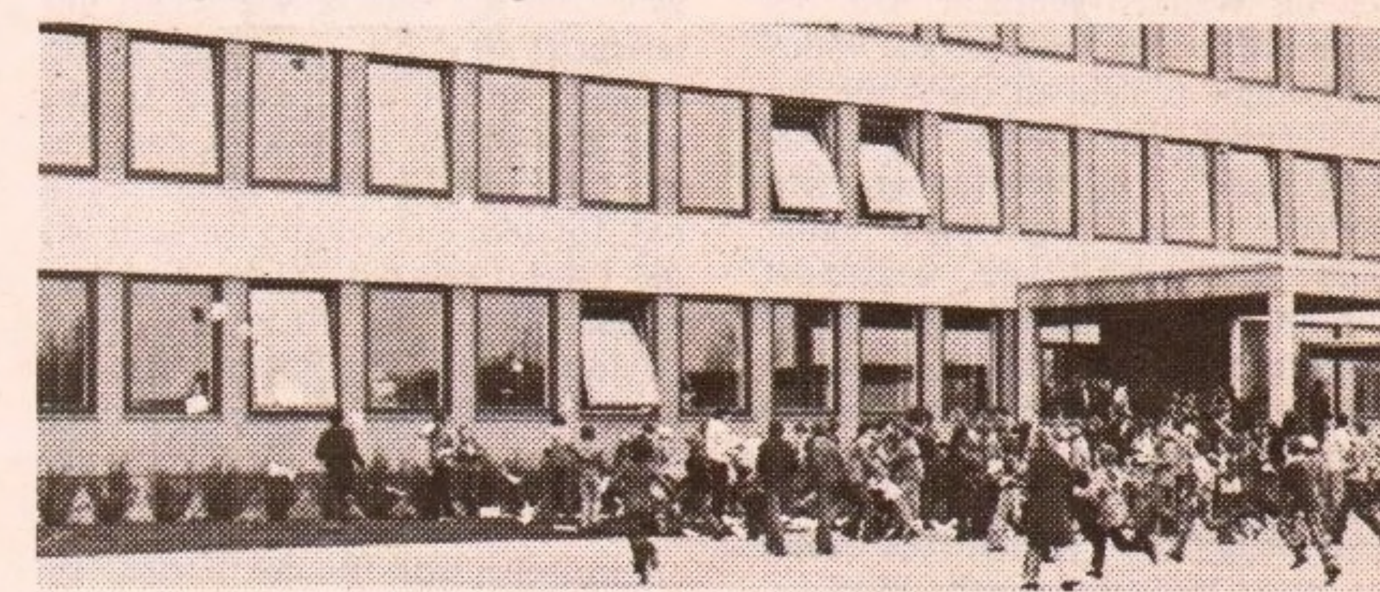
1. Rote Garde Kongress — Jugendorganisation der KPD/ML

In acht Wochen ist es soweit. Vom 13. bis 15. 5. 78 findet mit einem Massenzeltlager und einer Großveranstaltung der I. Ordentliche Kongreß der Roten Garde seinen Abschluß. Von diesem Tag an wird die Rote Garde als organisatorisch selbständiger kommunistischer Jugendverband der KPD/ML für die Interessen der werktätigen, lernenden und studierenden Jugend Deutschlands kämpfen. Die Vorbereitungen der jungen Genossen laufen bereits auf Hochtouren. Das Motto für die Aktivitäten der Roten Garde bis zum Jugendkongreß lautet: „Die Rote Garde breiter bekanntmachen! — Die Rote Garde fester in den Massen der Jugend verankern!"

Unser Motto heißt: den jungen Genossen jede Unterstützung. Bis zum Mai werden wir in jeder Nummer des „Roten Morgen" über den Kampf der Roten Garde berichten, wird diese Seite unserer Jugend gehören.

Angst vor einem Flugblatt

... der Roten Garde zeigten die Leitungen der Berufsschule und des Gymnasium in Diez an der Lahn. Am 10. 3. 78 wurde dort ein Flugblatt verteilt, das zum ersten Stammtisch der Roten Garde in Diez einlud. Reaktion der Schulleitungen? Sie holten die Polizei, die zwei Streifenwagen losschickte und gleichzeitig vor der Berufsschule und vor dem Gymnasium insgesamt fünf Verteiler unter dem Vorwand der Personalienfeststellung mit auf die Wache nahm. Außerdem wurde den Flugblattverteilern noch mit Anzeigen wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt gedroht. Die Rote Garde hat auf diesen Terror sofort mit einem weiteren Flugblatt geantwortet. Bange machen gilt nicht! Bleibt die Frage: Warum diese Angst vor einem Flugblatt der Roten Garde? Sollte sie daher rühren, daß bereits das erste Flugblatt der Roten Garde, das im Sommer auf originelle Art verteilt wurde, so großes Interesse fand?



Flugblätter werden aus dem Fenster geworfen und finden sogleich großes Interesse bei den Schülern. NÖRDLINGEN

Schnelle Aktion

Bericht von Westberliner Rotgardisten

„Info-Fete... Die SPD informiert und diskutiert mit euch über: mehr Gesamtschulen? Kleinere Klassen! Leistungsdruck! Oder ganz einfach: Was nützt mir der Schulabschluß, wenn ich keine Lehrstelle finde... Und was euch sonst noch anstinkt."

Diese und andere radikale Sprüche fand ein Rotgardist eines Abends auf einem SPD-Flugblatt in seinem Hausflur. „Verdammte Schweinerei, da muß was gegen gemacht werden!", war seine Reaktion. Doch die Zeit ist knapp. Die Info-Fete soll schon am nächsten Tag stattfinden. Schnell wie der Wind werden andere Rotgardisten informiert, die sich bemühen, noch mehr Genossen zu erreichen.

Nächster Tag:
17 Uhr — SPD-Fete: Drei Rotgardisten sind anwesend. Die SPD plaudert über Schulen, Statistiken und Bagatellen.

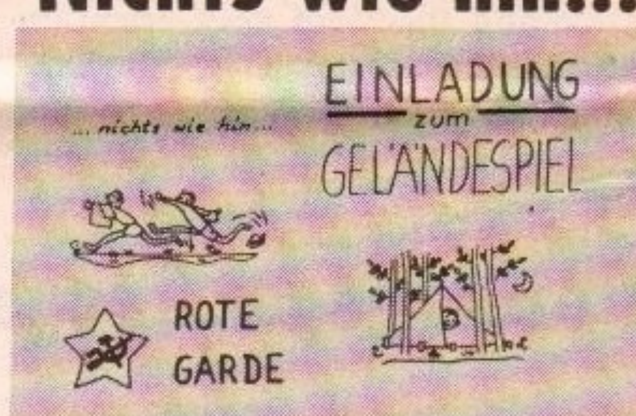
18 Uhr: Verstärkung angerückt. Sieben Rotgardisten sind kampfbereit. SPD plaudert weiter.

18.15 Uhr: **Genug geplaudert!** Die Rotgardisten greifen in die Diskussion ein. Sie zeigen auf, was an den Schulen wirklich los ist: Stundenausfall! Lehrerrausschmiss! Verprügelte Schüler! ... und erzählen, wie der Kampf der Schüler aussieht: Streik, Schülervollversammlungen usw. Andere Jugendliche beteiligen sich jetzt auch an der Diskussion; Stimmung kommt auf, der SPD wird's mulmig. Die SPD versucht abzuwiegeln, was ihr leider am Anfang auch gelingt.

18.55 Uhr: **Jetzt reicht's!** Die SPD wird stärker angegriffen und — beendet die Diskussion. Jetzt soll gefeiert werden!

19 Uhr: Die Rotgardisten gehen zu den Jugendlichen, diskutieren mit ihnen, verteilen Programmblätter über die nächsten Aktivitäten der Roten Garde in Westberlin. Die Jugendlichen sind interessiert. Viele nehmen an der Fete nicht teil. Zwei kommen mit uns mit in die Rote-Garde-Räume und wir sehen uns gemeinsam einen Film an.

Geländespiel 'Nichts wie hin...'



Nichts wie hin..., sagten sich am 11. 2. 78 rund 30 Freunde und Genossen der Roten Garde Westberlin. Trotz Kälte versammelten sie sich zu einem Geländespiel mitten in Kreuzberg. Anschließend ging's in die Rote-Garde-Räume in Westberlin, wo man sich bei Erbsensuppe und Glühwein aufwärmte. Später wurde dann das Tanzbein geschwungen, und es wurden auch einige neue Volkstänze gelernt. Der Tag hat allen Beteiligten viel Spaß gemacht. Hinterher, schreiben die Rotgardisten, konnte man viele Genossen hören, die bedauerten, nicht dabei gewesen zu sein.

Münsters Busse mit neuer Werbung



Die Westberliner Werbeaktion, die sich die Münsteraner Rotgardisten zum Vorbild nahmen.

Korrespondenz. Mitte Februar erfuhren wir, daß in Münster die Busfahrpreise zum 1. März erhöht werden sollten. Dabei erinnerten wir uns an die Aktion der Westberliner Rotgardisten zu den Fahrpreiserhöhungen, die in der Zeitung „Die Rote Garde" 1/78 abgedruckt war. Diese neu entdeckte Werbefläche wollten auch wir benutzen. Also trafen wir uns morgens an einer Bushaltestelle, die wir zuvor für unsere Aktion ausgesucht hatten. Als der Bus kam, verschwanden zwei von uns hinter ihm. Schnell wurde die Buswand mit Kleister eingepinselt und ein selbstgemaltes Plakat aufgeklebt. Diese Aktion wurde noch an zwei anderen Haltestellen wiederholt. Am Schluß der Aktion trugen drei Stadtbusse die neue Werbung durch Münster: „Weg mit den Fahrpreiserhöhungen! KPD/ML — Rote Garde!"

Spendet für den I. Kongreß der Roten Garde!

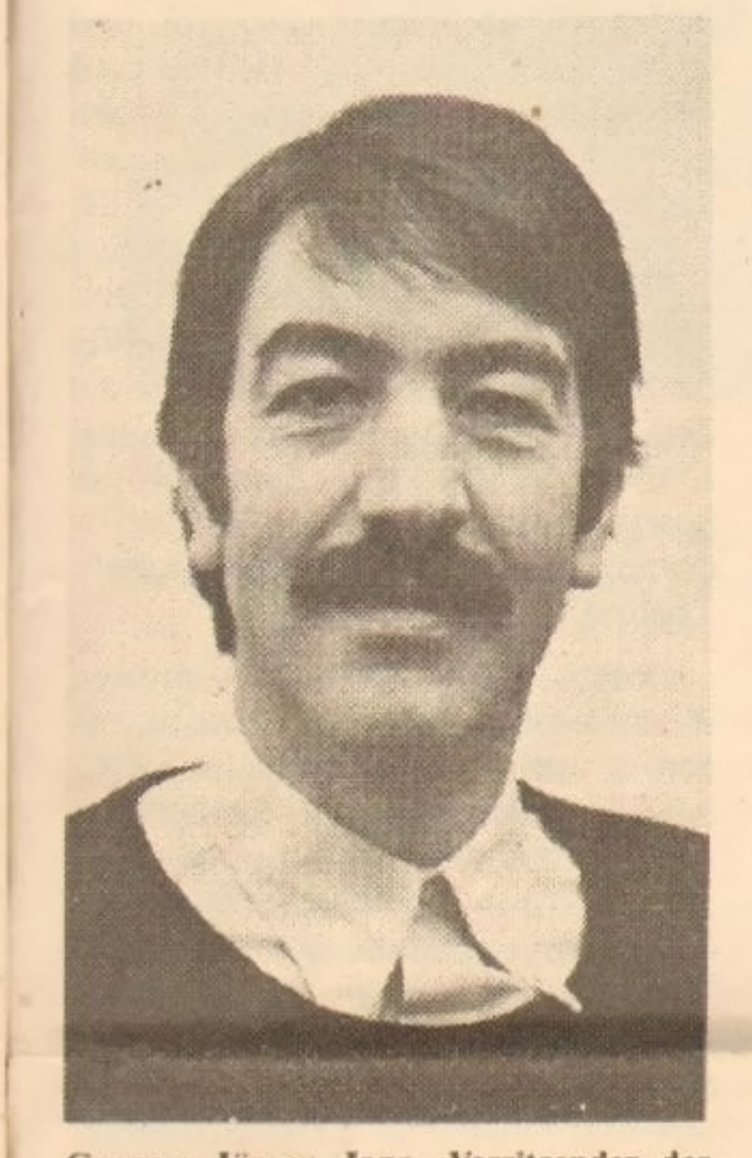
Der I. Kongreß der Roten Garde steht vor der Tür. Natürlich kostet die Vorbereitung viel Geld. Und natürlich ist Geld gerade bei unseren jungen Genossen knapp. Deshalb brauchen sie unsere Unterstützung — auch in finanzieller Hinsicht. Deshalb rufen wir alle Leser des „Roten Morgen" auf: Spendet für den I. Kongreß der Roten Garde auf die Konten: KPD/ML, Postscheckkonto 6420-467, Postscheckamt Dortmund, und: Vorstand der KPD/ML, Stadtsparkasse Dortmund, 321 004 547, jeweils unter dem Kennwort „Rote Garde"!

II. Ordentliche Zentrale Delegiertenkonferenz der RHD erfolgreich abgeschlossen!

Am 26. und 27. Februar fand in Dortmund die II. Ordentliche Delegiertenkonferenz der RHD statt. Die Delegierten verabschiedeten eine neue Satzung sowie eine Präambel, die an die Stelle des alten Programms tritt. Die Delegierten wählten außerdem eine neue Zentrale Leitung und als Vorsitzenden der RHD den Genossen Jürgen Janz.

In einem Grußwort an die Delegierten wies Genosse Schubert, der als Vertreter der KPD/ML zur Konferenz eingeladen worden war, darauf hin, daß angesichts der politischen Unterdrückung und des Kurses der Bourgeoisie auf ein neues 1933 hin der weitere Ausbau der RHD zu einer Solidaritätsorganisation der werktätigen Massen, die den Opfern im Klassenkampf brüderlich zur Seite steht, sie finanziell und moralisch unterstützt, immer dringlicher werde. Er bedankte sich auch im Namen der KPD/ML für die finanzielle und moralische Unterstützung, die die RHD verfolgten und in Not geratenen Genossen der KPD/ML einschließlich ihrer Sektion DDR gewährt hat.

Aus Anlaß dieser Delegiertenkonferenz führte die Redaktion des „Roten Morgen" ein Gespräch mit dem neuen Vorsitzenden der RHD.



Genosse Jürgen Janz, Vorsitzender der Roten Hilfe Deutschlands.

RM: Genosse Jürgen, die Zentrale Delegiertenkonferenz hat zwei Dokumente verabschiedet, die neue Satzung und eine Präambel (die an die Stelle des alten Programms tritt). Kannst du unseren Lesern erläutern, warum dies nötig wurde und welche Bedeutung diese beiden Dokumente für die weitere Arbeit der RHD haben?

Genosse Jürgen: Um das Wichtigste gleich vorweg zu sagen: Mit diesen beiden Dokumenten sollen Tendenzen der Vergangenheit endgültig überwunden werden, die den Zugang der Werktätigen in unsere Organisation bisher erschwert haben.

Schauen wir uns das Programm, das ja als Voraussetzung für den Eintritt in die RHD anerkannt werden mußte, daraufhin einmal an: Es ist insgesamt zu ausführlich und verwendet Ausdrücke, unter denen sich viele Rote Helfer nichts vorstellen können. So gibt es z. B. lange Abschnitte über den Charakter des DGB-Apparats, über die DKP als Agenten des Kapitals, über die Hauptkriegsbrandstifter u. a. m. Das sind alles Ausführungen, die — wohlgemerkt nicht falsch sind — aber nicht in das programmatische Dokument einer proletarischen Solidaritätsorganisation gehören.

Darüber hinaus gab es im Programm Abschnitte, in denen von der notwendigen Zerschlagung dieses Systems mit revolutionärer Gewalt gesprochen wird und ebenso, mehr oder weniger deutlich, von der Diktatur des Proletariats. Auch mußte es jedem, der eintreten wollte, klar sein, daß die KPD/ML die Partei der Arbeiterklasse ist. Machen wir solche Aussagen aber zur Voraussetzung des Eintritts in die RHD, dann beschränken wir von vorne herein die Mitgliedschaft auf Kommunisten bzw. Sympathisanten der Partei und verhindern, daß große Teile der werktätigen Massen den Weg in unsere Organisation finden. Aber erst mit einer ganz breiten Mitgliedschaft der Werktätigen kann die RHD ihre eigentliche Aufgabe als Solidaritätsorganisation der werktätigen Massen erfüllen.

Die Delegiertenkonferenz hat diese Fehler erkannt und mit der Verabschiedung der neuen Satzung und der Präambel der Organisation neue, bessere Grundlagen für ihre Arbeit gegeben. Künftig kann jeder Mitglied werden, der den Zweck der RHD anerkennt, wie er im Paragraph 2 der Satzung festgelegt ist, nämlich die Organisierung der Solidarität mit den politisch Verfolgten. Das ist die einzige Aufnahmebedingung.

Die Präambel ist für diejenigen bestimmt, die sich etwas näher über Charakter, Aufgaben und Ziel der RHD informieren wollen. Sie ist weder Bestandteil der Satzung, noch braucht sie als Voraussetzung für die Mitgliedschaft anerkannt werden.

RM: In welcher Weise haben sich denn diese falschen Auffassungen auf die praktische Arbeit der Ortsgruppen ausgewirkt?

Genosse Jürgen: Die Zentrale Leitung hat in ihrem Rechenschaftsbericht ausdrücklich darauf hingewiesen — das möchte ich zunächst sagen —, daß in den Ortsgruppen teilweise hervorragende Unterstützungsarbeit geleistet worden ist. Im Zeitraum vom 26. 1. 1975 bis zum 31. 12. 1977 hat die RHD insgesamt über 400.000 DM an Beiträgen und Spenden aufgebracht. Die Erfahrungen, die gerade bei der praktischen Arbeit gewonnen wurden, haben wesentlich mit zu den Änderungen beigetragen, die jetzt auf der Delegiertenkonferenz beschlossen wurden.

Aber insgesamt hatten diese Fehler natürlich schon Auswirkungen auf die Arbeit der RHD. Das kann man einmal an dem relativ langsamen Anwachsen der Mitgliederzahlen sehen. Viel mehr Menschen als heute in der RHD Mitglied sind, sind bereit, durch ihren Beitrag die politisch Verfolgten zu unterstützen. Zum anderen wirkten sich diese Fehler auch in der praktischen Arbeit und im Leben der Ortsgruppen aus. Begünstigt durch entsprechende Formulierungen im bisherigen Programm und Statut, wurden vielerorts an die Mitglieder sehr hohe Ansprüche gestellt, die man nur dann erfüllen konnte, wenn man bereit war, sehr viel Zeit zu opfern. Mitglieder, die regelmäßig ihren Beitrag zahlen wollen — und solche Mitglieder werden in Zukunft die Regel sein — wurden vor allem in der ersten Zeit gar nicht berücksichtigt, obgleich schon auf dem Gründungskongreß der Genosse Ernst Aust von diesen Mitgliedern gesprochen hat, die „...erst einmal ihr rotes Heftchen in den Geschirrschrank legen und ihren Beitrag zahlen, weil es ihrem Gerechtigkeitsempfinden widerspricht, daß Menschen ihrer politischen Überzeugung wegen verfolgt werden."

Solche falschen Tendenzen führten dazu, daß manch einer eine Mitgliedschaft mit den Worten ablehnte, er habe keine Zeit... Aus diesem Grund hat die Delegiertenkonferenz keinerlei Verpflichtungen für Mitglieder in die Satzung aufgenommen, wie es noch im bisherigen Statut vorgesehen war. Es gibt nur eine Verpflichtung für die Mitglieder, nämlich regelmäßig Beitrag zu zahlen.

RM: Kannst du uns noch etwas über die Richtlinien und Schwerpunkte sagen, die die Delegiertenkonferenz für die künftige Arbeit der RHD beschlossen hat?

Genosse Jürgen: Als wichtigste Aufgabe bezeichnete die Delegiertenkonferenz die Mitgliederwerbung. Sie ist deswegen so wichtig, weil nur eine hohe und ständig steigende Mitgliederzahl es der RHD ermöglicht, ihre umfangreichen Solidaritätsaufgaben zu erfüllen, die ja zum größten Teil finanzieller Art sind — und viele Mitglieder stellen mit ihren regelmäßigen Beiträgen eben die sicherste Einnahmequelle dar. Man muß sich in diesem Zusammenhang einmal die Finanzberichte der alten RHD der zwanziger und dreißiger Jahre ansehen mit ihren Posten wie Versorgung der Waisen gefallener Kämpfer, Versorgung von Familien, deren Ernährer im Gefängnis sitzt u. v. a. m., um sich klar zu machen, welche Aufgaben in diesem Bereich wieder auf unsere Organisation zukommen. Um die Mitgliederwerbung zu erleichtern, wird die Zentrale Leitung Aufnahmeblöcke drucken, mit denen die Roten Helfer in ihrer Verwandtschaft, unter ihren Kollegen und Bekannten auf einfacherem Weg als bisher Mitglieder werben können. Wichtigste Aufgabe der Ortsleitungen wird es in diesem Zusammenhang sein, dafür Sorge zu tragen, daß jedes Mitglied regelmäßig und sorgfältig kassiert und betreut wird.

Eine zweite wichtige Aufgabe, die die Delegiertenkonferenz festlegte, ist die Verstärkung der Aufklärungsarbeit über die politische Unterdrückung in unserem Land. Wenn die RHD an vielen Orten hier auch schon große Fortschritte gemacht hat, bleibt bis heute immer noch gültig, was der Genosse Ernst Aust zu diesem Thema auf unserem Gründungskongreß gesagt hat: „Eine weitere Realität ist die, daß die breite Masse der Bevölkerung über das ganze Ausmaß der z. Z. schon herrschenden politischen Verfolgung und des Terrors sowie den Grad der Faschisierung nur wenig informiert ist. Der gesamte in dieser Frage völlig gleichgeschaltete bürgerliche Presse- und Informationsapparat steht unserem Kampf um die Verbreitung der Wahrheit gegenüber. Deshalb müssen wir wieder und wieder, möglichst am konkreten, nachprüfbaren Einzelbeispiel, die bürgerliche Terrorherrschaft, den ständigen Abbau der demokratischen Rechte des Volkes entlarven."

Um dieser Aufgabe gerecht zu werden, wird die Zentrale Leitung künftig ihre Öffentlichkeitsarbeit verstärken, Broschüren veröffentlichen, Presseerklärungen und andere Stellungnahmen abgeben und auch die Ortsgruppen bei dieser Arbeit durch die Bereitstellung von Diaserien und Vorträgen unterstützen. Wesentlich mehr als bisher wird die RHD auch über die politische Verfolgung in der DDR berichten und die Bereitschaft der Werktätigen aufgreifen, die politisch Verfolgten in der DDR zu unterstützen.

Um die Öffentlichkeitsarbeit zu verbessern, wies die Delegiertenkonferenz weiter auf die Notwendigkeit hin, daß alle Ortsgruppen nach und nach über einen offiziellen Sprecher verfügen sollten. Außerdem sollten wir als überparteiliche Organisation auch über eine eigenständige Adresse für die Werktätigen erreichbar sein. Es ist nicht richtig, daß die RHD in den meisten Orten nur über die Büros der KPD/ML zu erreichen ist, das betonten die alte Zentrale Leitung und die Delegiertenkonferenz einmütig.

Ebenfalls im Zusammenhang mit der Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit ist der Beschluß der Delegierten zu sehen, die Eintragung der RHD in das Vereinsregister zu beantragen. Eine solche Eintragung wird vor allem auch die Durchführung von Sammlungen wesentlich erleichtern.

RM: Du sprachst vorhin davon, daß es in der Vergangenheit häufig vorkam, daß zu hohe Ansprüche an die Mitglieder gestellt wurden und dadurch viele, die vielleicht eintreten wollten, abgeschreckt wurden. Hat die Delegiertenkonferenz auch zu diesem Punkt Stellung genommen?

Genosse Jürgen: Ja. In der Vergangenheit sind die Ortsgruppen häufig von der Zentralen Leitung aufgefordert worden, diese oder jene Kampagne durchzuführen, oder dazu verpflichtet worden, z. B. unbedingt eine Rechtshilfegruppe aufzubauen. Die Delegierten haben dies kritisiert, weil es in den meisten Fällen die Kräfte der Ortsgruppe überforderte und dadurch auch die Anforderungen an die Mitglieder automatisch erhöht wurden. Die Ortsgruppen sollen einmal im Jahr die Weihnachtskampagne zur Unterstützung hauptsächlich der politischen Gefangenen durchführen, darüber hinaus gibt es keine Verpflichtung. Die Delegierten wiesen die Ortsgruppen an, bei allen Aktivitäten, die sie darüber hinaus durchführen, streng darauf zu achten, welche Kräfte ihnen tatsächlich zur Verfügung stehen. Wir müssen davon ausgehen, daß unsere Mitgliederschaft immer mehr aus solchen Roten Helfern besteht, die regelmäßig ihren Mitgliederbeitrag bezahlen und darüber hinaus keine weiteren Aktivitäten entfalten können. An diese Mitglieder dachten die Delegierten, als sie den Ortsgruppen empfahlen, entsprechend den Wünschen der Mitglieder ein reges Vereinsleben zu entfalten. Es wird sicherlich viele unter ihnen geben, die sich gerne hin und wieder bei einem lebendig gestalteten Dia-Abend bei Kaffee und Kuchen treffen wollen, die in einer Bastelgruppe mit dazu beitragen wollen, daß die Weihnachtskampagne zu einem großen Erfolg wird usw...

Wenn die RHD insgesamt immer besser auf diesem von der II. Zentralen Delegiertenkonferenz gewiesenen Weg arbeitet, dann können wir sicherlich breitere Bevölkerungskreise ansprechen, und es werden sich auch mehr Menschen für unsere Arbeit interessieren. Auf diesem Weg werden wir auch erreichen, daß die RHD zu einer proletarischen Massenorganisation wird, die jedem, der wegen seines Kampfes gegen Ausbeutung und Unterdrückung, für Freiheit, Frieden und Sozialismus verfolgt wird, die Gewißheit gibt: Sollte mir etwas zustoßen, soll ich durch Geldstrafen finanziell ruiniert oder mit Gefängnis bestraft werden: Ich stehe nicht allein, hinter mir steht die organisierte Solidarität der werktätigen Massen, hinter mir steht die Rote Hilfe Deutschlands. Wenn es darauf ankommt, werde ich unterstützt, wenn ich ins Gefängnis komme, wird die RHD dafür sorgen, daß meine Familie ohne schwere Sorgen weiter leben kann.

Um dieses Ziel zu erreichen, möchte ich auch alle Leser des „Roten Morgen" auffordern, die RHD zu unterstützen, falls sie es noch nicht sind, Mitglied zu werden und selbst in ihrem Freundes- und Bekanntenkreis neue Mitglieder für die RHD zu werben.

RM: Gerne leiten wir diesen Aufruf an unsere Leser weiter. Wir wünschen der RHD weiterhin große Erfolge auf ihrem Weg zu einer breiten Solidaritätsorganisation der werktätigen Massen. Vielen Dank für das Gespräch.

Programmentwurf der DKP

Ein Programm des revisionistischen Verrats

Ein neues Programm wollen die Revisionisten der DKP in diesem Jahr verabschieden. Den Entwurf dazu haben sie vor einiger Zeit vorgelegt. Er hat jedoch nicht das Echo gefunden, das sich die Mies und Co. erhofft hatten. Kein Wunder, enthält er doch nicht mehr als einen Aufguß der schon sattsam bekannten reaktionären Theorien, mit denen die Revisionisten schon seit Jahren hausieren gehen. Neu ist an diesem Programmentwurf nur ein radikalerer Ton, der manchmal angeschlagen wird. Unsere Partei hat in zwei Ausgaben ihres theoretischen Organs „Der Weg der Partei" (Nr. 5 und 7) grundsätzlich den Verrat der modernen Revisionisten entlarvt und sich in der Nr. 1/78 mit dem Programmentwurf befaßt. Wir wollen hier auf drei Fragen eingehen: Wie steht die DKP zur proletarischen Revolution, zur Diktatur des Proletariats, zur deutschen Nation?

Was die Aufgaben der Revolution betrifft, so sagt unsere Partei in ihrem Programm: **„Die Eroberung der Macht durch das Proletariat ist keine friedliche ‚Eroberung' der fertigen bürgerlichen Staatsmaschinerie durch eine Parlamentsmehrheit. Die Bourgeoisie wendet alle Mittel der Gewalt und des Terrors an, um ihr Eigentum und ihre politische Herrschaft zu sichern und zu stärken. Wie einst der feudale Adel, kann auch die Bourgeoisie ihren Platz in der Geschichte der neuen Klasse nicht ohne verzweifelten erbittertsten Kampf räumen. Deshalb wird die Gewalt der Bourgeoisie nur durch die entschlossene Anwendung der bewaffneten revolutionären Gewalt des Proletariats gebrochen werden. Die Eroberung der Macht ist die gewaltsame Vernichtung der kapitalistischen Staatsmaschinerie (der bürgerlichen Armee, Polizei, Beamtenhierarchie, Gerichte, Parlamente usw.) und ihre Ersetzung durch neue Organe der proletarischen Macht, die vor allem Werkzeug zur Niederhaltung der Ausbeuter und zur Verteidigung des Sozialismus sind"** (S. 240).

Die Richtigkeit dieser Auffassung, die ja von niemand anderem entwickelt worden ist als von den Begründern des wissenschaftlichen Sozialismus, von Marx und Engels, hat sich in der Geschichte immer wieder bestätigt. Hat sich in der Form bestätigt, daß überall dort, wo an der Spitze des Proletariats eine wahrhaft kommunistische Partei stand, die entsprechend dieser Auffassung handelte, die Revolution zum Sieg geführt werden konnte. So war es z. B. 1917 in Rußland. Und dort, wo dem Proletariat diese Führung fehlte, war eine Niederlage unvermeidlich. Denken wir nur an die tragischen Ereignisse in Chile. Es waren die modernen Revisionisten, die mit ihrer Theorie vom „friedlichen Übergang" zum Sozialismus die Arbeiterklasse und das Volk entwaffneten und so der faschistischen Diktatur den Weg bereiteten.

Im Programmentwurf der DKP findet man keine offene Stellungnahme zur gewaltsamen Revolution. Die Revisionisten wagen es nicht, klar und eindeutig ihre Notwendigkeit zu leugnen. Ja, in diesem neuen Entwurf werfen sie auch die Frage der Gewalt auf. Da heißt es: Die DKP „behält zugleich die Erfahrung des Klassenkampfes im Auge, daß das herrschende Großkapital, wenn es seine Macht und seine Privilegien bedroht sah, stets versucht hat, Terror und blutige Gewalt gegen das Volk anzuwenden" (Programmentwurf, S. 45).

Aber heißt das etwa, daß die DKP der Theorie vom „friedlichen Übergang" abgeschworen hätte? Zunächst einmal: Hier wird nichts anderes getan, als zuzugestehen, daß die Bourgeoisie Gewalt ausübt. Und das ist schließlich eine Sache nicht nur der geschichtlichen Erfahrung, sondern zunehmend auch der alltäglichen Erfahrung der Werktätigen. Gerade die fortschrittlichen Arbeiter und Jugendlichen, die die Revisionisten mit ihren Theorien umgarnen wollen, erleben immer mehr die reaktionäre Gewalt der Bourgeoisie und ihres Staates am eigenen Leib.

Wenn heute schon der Todesschuß der Polizei legalisiert ist, so fragen viele von ihnen, wenn heute schon diese Polizei mit Maschinengewehren und Handgranaten ausgerüstet wird, was wird dann sein, wenn sich die Klassenkämpfe zuspitzen, wenn die Herrschaft der Bourgeoisie ernsthaft gefährdet ist? Aber welche Antwort geben die Revisionisten auf eine solche Frage? Sie sprechen von der blutigen Gewalt des Großkapitals, aber sie schweigen über die Notwendigkeit der revolutionären Gewalt der Arbeiterklasse und des Volkes. Ihre Antwort ist: Es muß „ein solches Übergewicht der zum Sozialismus strebenden Kräfte erreicht werden, das es ermöglicht, die Reaktion an der Anwendung blutiger konterrevolutionärer Gewalt zu hindern und den für die arbeitenden Menschen günstigsten Weg zum Sozialismus durchzusetzen" (S. 45).

Reklame für den „friedlichen Übergang"

Die bewaffnete revolutionäre Gewalt? Gar nicht nötig, wollen uns die Revisionisten erzählen. Es genügt, wenn wir ein „Übergewicht", eine Mehrheit über die Bourgeoisie haben. Dann können wir auf dem günstigsten, sprich friedlichen Weg geradewegs in den Sozialismus marschieren. Die Frage ist nur: Warum haben wir den Sozialismus dann nicht schon jetzt? Denn das Übergewicht, die Mehrheit ist doch schon heute auf unserer Seite. An einer anderen Stelle des Programmentwurfs sagt die DKP ganz richtig, daß die „Großkapitalisten nur einen winzigen Teil der Bevölkerung ausmachen" (S. 13).

Wir sind die Mehrheit und werden trotzdem von diesem „winzigen Teil" ausgebeutet und unterdrückt. Und das liegt eben an einer Sache, die die DKP-Revisionisten mit ihrem Geschwätz vom Übergewicht glatt unterschlagen wollen. Das liegt daran, daß diese Minderheit von Ausbeutern über ein Unterdrückungsinstrument verfügt, den Staatsapparat, mit dem sie die Werktätigen niederhält. Und ist es nicht einleuchtend, daß sie ihre Armee, ihre Polizei, ihre Justiz usw. gerade deshalb braucht, weil die arbeitenden Menschen solch eine gewaltige Mehrheit und sie selbst nur ein „winziger Teil" ist?

Die Frage des Staates ist die Schlüsselfrage der Revolution. Niemals wird sich das Proletariat befreien können, und sei es zahlenmäßig noch so stark, und sei es noch so organisiert, wenn es nicht der Bourgeoisie dieses Unterdrückungsinstrument aus den Händen schlägt. Und wie sollte das anders möglich sein als durch die gewaltsame Revolution?

Die Revisionisten aber leugnen den Klassencharakter des Staates. Sie reden zwar demagogisch von Gewalt und Terror des herrschenden Großkapitals. Gleichzeitig jedoch wollen sie uns einreden, daß ausgerechnet dann, wenn es um Leben und Tod für die Bourgeoisie geht, sie freiwillig darauf verzichten würde, ihren Staat gegen uns einzusetzen. An einer anderen Stelle des DKP-Programmentwurfs wird noch einmal bestätigt: „Es erwüchsen reale Möglichkeiten, durch die Einengung des Handlungsspielraums der Reaktion konterrevolutionäre Gewaltanwendung zu verhindern und den Übergang zur sozialistischen Umgestaltung ... zu gestalten" (S. 47).

Das ist genau die reaktionäre Theorie vom „friedlichen Übergang", mit der auch die chilenischen Revisionisten das Volk verraten haben. Auch sie haben davon geschwätzt, den bürgerlichen Staat in den Dienst der Werktätigen zu stellen, mit parlamentarischen Mehrheiten den Spielraum der Reaktion einzuschränken. Sie haben die Armee, die Hauptstütze der Herrschaft der Bourgeoisie, zu einer Kraft auf der Seite des Volkes erklärt. Und den Werktätigen haben sie verboten, Waffen zu tragen. Durch diese konterrevolutionäre Politik haben sie es den Faschisten ermöglicht, ihre Kräfte zu organisieren und das Volk blutig niederzuschlagen.

Den gleichen Weg des Verrats beschreitet auch die DKP. Sehen wir uns einmal an, wie diese Leute sich die „Einengung des Handlungsspielraums der Reaktion" vorstellen. „Antimonopolistische Demokratie", das ist dabei ihr Zauberwort. Früher hieß es noch „demokratische Erneuerung von Staat und Gesellschaft". Aber das klang zu deutlich nach den Wahlkampfparolen der SPD wie etwa „Mehr Demokratie wagen". Auch in dieser Frage mußte man Konzessionen machen, sich radikaler geben. „Antimonopolistische Demokratie", das ist der gleiche reaktionäre Plunder, nur unter einem anderen Namen. Und die DKP will uns diesen Plunder verkaufen als eine Etappe auf dem Weg zum Sozialismus, in der die Macht des Großkapitals zurückgedrängt und schließlich überwunden werden kann. Und wie das geschehen soll? Durch die Erweiterung der Mitbestimmung, durch eine sogenannte demokratische Kontrolle über den Staat und die Produktion, durch Verstaatlichung von Schlüsselindustrien usw. usf.

So versucht die DKP die Illusion zu erzeugen, daß es möglich ist, den Kapitalismus Schritt für Schritt abzuschaffen. Aber zwischen Kapitalismus und Sozialismus gibt es nichts Drittes, keine Zwischenetappe. Entweder Diktatur der Bourgeoisie oder Diktatur des Proletariats, so steht die Frage. Und welche Vorstellung hat die DKP vom Staat der antimonopolistischen Demokratie? Erst einmal, so wird im Programmentwurf betont, ist es notwendig, „starke parlamentarische Positionen" der DKP zu schaffen. Der nächste Schritt ist dann eine „Koalitionsregierung" (S. 45) mit der Sozialdemokratie und anderen reaktionären Kräften. Also genau das, was für die Revisionisten in Italien schon in greifbare Nähe gerückt ist. Aber was ist eine die Revisionisten einschließende Koalitionsregierung anderes als ein hundsgemeines bürgerliches Regime? Was bedeutet das anderes,als daß der Staat der Diktatur der Bourgeoisie bestehen bleibt und nur die Revisionisten in ihm die Regierungsgeschäfte übernehmen?

Mit ihrem Gerede von der „antimonopolistischen Demokratie" wollen die Revisionisten Illusionen darüber erzeugen, daß die Arbeiterklasse innerhalb des kapitalistischen Systems ihre Lage grundsätzlich verbessern könnte, daß sie den bürgerlichen Staat kontrollieren und ihren Einfluß auf ihn ständig ausweiten könnte. So wollen sie das Proletariat vom entscheidenden politischen Kampf um die Macht, vom Kampf für die Zerschlagung des bürgerlichen Staats und die Errichtung der Diktatur des Proletariats abhalten.

DKP-„Sozialismus" — Freie Bahn der Ausbeutung

Wenn die „antimonopolistische Demokratie" sich als bürgerliche Koalitionsregierung entpuppt, wie sieht dann nach der Vorstellung der Revisionisten ihr sogenannter Sozialismus aus? Zunächst einmal enthält der Abschnitt „Unser sozialistisches Ziel" im Programmentwurf der DKP noch mehr Versprechungen als der über die „antimonopolistische Demokratie". Von Frieden und Wohlstand, von Freiheit und Gerechtigkeit ist da die Rede und von vielen anderen schönen Dingen mehr. Vor allem aber von der Demokratie. Dem Volk wird sie versprochen und den Ausbeutern auch. So heißt es im Programmentwurf: „Kleinen Unternehmern droht keine Enteignung. Beim Aufbau des Sozialismus werden sie günstige Bedingungen für die Entfaltung ihrer Initiative erhalten" (S. 42). Aber worin besteht denn die Initiative der Ausbeuter? Doch darin, durch Ausbeutung die Profite zu mehren. Und wie kann es da, wo es die Freiheit der Entfaltung der Ausbeutung gibt, gleichzeitig Freiheit für die Arbeiterklasse, für das werktätige Volk geben? Auch hier gilt: entweder — oder.

Entweder hat das Proletariat die Staatsmacht in der Hand, dann gibt es keinerlei Freiheiten für die Ausbeuter. Im Gegenteil: Die Diktatur des Proletariats ist ja gerade dadurch gekennzeichnet, daß sie die Überreste der gestürzten Ausbeuterklasse erbarmungslos niederhält. Oder die Bourgeoisie hat die Staatsmacht in der Hand, dann wird es keine Freiheit und Demokratie für das Volk geben.

Im Programm unserer Partei heißt es dazu: **„Die Erringung der politischen Macht durch das Proletariat, die Errichtung der Diktatur des Proletariats, ist die notwendige Vorbedingung für den Aufbau der sozialistischen Gesellschaft. Das Proletariat benutzt die errungene politische Macht, um die Herrschaft des Privateigentums an den Produktionsmitteln zu brechen, den Kapitalisten die Produktionsmittel zu entreißen, um sie in Eigentum des proletarischen Staates und damit in gesellschaftliches Eigentum zu überführen. Damit sprengt die Arbeiterklasse die Ketten der kapitalistischen Lohnsklaverei"** (S. 78).

Eine Gesellschaft, wie sie uns die DKP verkaufen will, in der die kleinen Kapitalisten ausbeuten und die großen ihre Entschädigungen kassieren dürfen; in der es keine Rätemacht, sondern den Bundestag geben soll, in der die bürgerlichen Parteien weiter in der Regierung sitzen können (natürlich als Juniorpartner der DKP), eine solche Gesellschaft ist niemals sozialistisch, sie ist nur die Fortsetzung der „antimonopolistischen Demokratie" unter anderem Namen.

In ihrem Programmentwurf nennt die DKP auch ihre Leitbilder. So kann sich jeder davon überzeugen, wo diese Leute ihr Vorbild von Freiheit und Demokratie verwirklicht sehen: nämlich in der DDR und in der Sowjetunion. Die Terrorherrschaft des Sozialfaschismus, die vollständige Entrechtung der Werktätigen, die brutale gewaltsame Unterdrückung aller Volkskämpfe, das ist die Demokratie, die Mies und Co. den arbeitenden Menschen in unserem Land zu bieten haben.

Wie die DKP ein „kapitalistisches Volk" erfindet

Eine unglaubliche Provokation haben die DKP-Revisionisten auf den letzten beiden Seiten ihres Programmentwurfs versteckt. Dort ist von einem „Volk der DDR" und von einem „Volk der Bundesrepublik" die Rede. Sie haben ja schon immer die in Moskau erfundene und von Honecker eifrig verbreitete betrügerische Parole von den „zwei deutschen Nationen" nachgebetet. Und jetzt treiben sie so ihren verräterischen Kurs in der nationalen Frage auf die Spitze.

Im Programm unserer Partei heißt es: **„Die deutsche Nation ist in zwei imperialistische Staaten gespalten, von denen keiner, weder die DBR noch die DDR,das Recht hat, für ganz Deutschland aufzutreten... Der Imperialismus hält die Spaltung der deutschen Nation gewaltsam aufrecht... Die Spaltung durch den Imperialismus aber konnte die Existenz der deutschen Nation nicht auslöschen und wird es nicht können... Das deutsche Volk wünscht die Einheit und Unabhängigkeit Deutschlands"** (S. 200).

Die Revisionisten gehen mit der absurden Behauptung hausieren, es gebe eine sozialistische und eine kapitalistische Nation in Deutschland. Abgesehen davon, daß die DDR genauso kapitalistisch ist wie die DBR, können diese Herren nicht mit einem Federstrich die deutsche Nation für aufgelöst erklären. In der Erklärung unserer Partei zur nationalen Frage heißt es: **„Eine Nation ist eine historisch entstandene stabile Gemeinschaft der Sprache, des Territoriums, des Wirtschaftslebens und der sich in der Gemeinschaft der Kultur offenbarenden psychischen Wesensart. Wer heute davon spricht, daß die deutsche Nation nicht mehr existiert, daß es heute zwei Nationen gibt, unterschätzt die Stabilität der Nation"** („Der Weg der Partei", Nr. 1, 1974, S. 14).

Als die DDR wirklich noch sozialistisch war, hat sie stets den Kampf geführt gegen die von den amerikanischen Imperialisten vollzogene Spaltung Deutschlands, hat sie die Einheit der deutschen Nation verteidigt, und ist sie für ein vereintes Deutschland eingetreten. Die Revisionisten haben die Parole von den „zwei Nationen" aus der Tasche gezogen, um so die völlige Unterwerfung des östlichen Teils Deutschlands unter die Herrschaft der Kreml-Herren „theoretisch" zu begründen. Nicht mehr ein Teil des gespaltenen Deutschlands, sondern die westlichste Republik der Sowjetunion soll die DDR sein — darauf läuft die „Zwei-Nationen"-Theorie hinaus.

Wenn die DKP-Revisionisten diese Theorie nachbeten, dann erkennen sie nicht nur die Besetzung Ostdeutschlands durch die Sozialimperialisten an. Dann sanktionieren sie auch nachträglich die von Washington vollzogene Spaltung unserer Heimat, die Gründung des westdeutschen Spalterstaats. Und jetzt reden sie sogar von zwei Völkern, wollen sie uns zum Staatsvolk dieses Spaltergebildes machen. Und worin unterscheiden sich denn diese beiden Völker? Sind wir etwa das kapitalistische Volk? Gibt es in Korea oder in Irland auch zwei Völker, nur weil es auch dort den imperialistischen Räubern eingefallen ist, eine Grenze mitten durch ein Land zu ziehen?

Die Werktätigen, denen die DKP ihren Mist verkaufen will, werden sich bestens bedanken für diese theoretischen Bocksprünge, die den Hirnen von Leuten entspringen, die bereit sind, für eine Handvoll Rubel die Interessen des deutschen Volkes zu verkaufen. Das deutsche Volk in Ost und West will ein geeintes Deutschland. Es hat ein gemeinsames Ziel: Die Herrschaft der Unterdrücker in beiden Staaten zu stürzen und ein vereintes unabhängiges sozialistisches Deutschland zu schaffen.

Die Revisionisten der DKP sind Todfeinde des Sozialismus und der Revolution. Wenn sie sich jetzt mit ihrem neuen Programm verstärkt als Alternative, als Kommunisten herausputzen wollen, dann ist es unsere Aufgabe, ihnen an allen Fronten des Klassenkampfs verstärkt entgegenzutreten, sie weiter zu isolieren und vor den Massen als das zu entlarven, was sie wirklich sind: Agenten der Bourgeoisie.

„Nieder mit dem Verrat der DKP-Revisionisten"

Unter diesem Titel veröffentlichte das Theoretische Organ der KPD/ML **„Der Weg der Partei"**, einen Kommentar, in dem ausführlich auf die propagandistischen Grundlagen der DKP-Revisionisten eingegangen wird. Der erste Teil dieses Kommentars ist in „Der Weg der Partei" **Nr. 5/77** (Preis 4 DM) enthalten, der zweite Teil in **Nr. 7/77** (Preis 4 DM).

„Zum Programmentwurf der DKP-Revisionisten"

in **„Der Weg der Partei" Nr. 1/78** (Preis 3 DM), geht ein auf die Änderungen des neuen Programmentwurfs gegenüber früheren programmatischen Dokumenten der DKP-Revisionisten. **Vertrieb über: GEWISO-Buchvertrieb GmbH, Postfach 500 568, 2000 Hamburg 50.**

Der Streik wird fortgesetzt

Fortsetzung von Seite 1

gehandelter Vertrag bereits in der Tarifkommission gescheitert war, wurde jetzt eine zweite Fassung präsentiert. Aber auch sie war ein einziger Angriff auf die gewerkschaftlichen und sozialen Rechte der Bergarbeiter. Sie enthielt weiterhin die Klausel, nach der „wild" streikende Kumpel mit Geldbußen und ihre Führer mit Entlassung bestraft werden sollen. Und auch nach dieser Fassung ist es den örtlichen Gruppen der Gewerkschaft UMW nicht erlaubt, gegen Verletzungen der Sicherheit in den Zechen Kampfmaßnahmen einzuleiten.

Nur Stunden, nachdem der Verräter Miller seine Unterschrift unter diesen Vertrag gesetzt hatte, eilte Carter persönlich vor die Fernsehkameras und beschwor die Bergarbeiter in einem dramatischen Appell, „der Führung Ihres Verhandlungsausschusses zu folgen und den Vertrag anzunehmen". Aber die Kumpel dachten nicht daran. Zu Tausenden gingen bei den Streikversammlungen die Kopien des Schandvertrags in Flammen auf. Ein Distrikt nach dem anderen meldete als Ergebnis der Urabstimmung ein klares Nein.

Der Kampf geht weiter, ein Kampf, in dem die Kumpel jetzt gesetzt wurden. Viele Arbeiter sehen die Notwendigkeit, sich gegen die brutalen Überfälle der Polizei, der Nationalgarde und der von den Kapitalisten angeheuerten bewaffneten Banden mit dem Gewehr in der Hand zu verteidigen. Erst im letzten Monat wurde wieder ein Kumpel ermordet, als eine solche Bande 35 Streikposten mit einem minutenlangen Kugelhagel überschüttete.

Und jetzt hat Carter das berüchtigte Taft-Hartley-Gesetz über die streikenden Bergarbeiter verhängt. Danach wird der Streik für eine Periode von 80 Tagen für verboten erklärt und in noch größerem Umfang als schon jetzt geschehen die Nationalgarde und dann die Armee gegen die Arbeiter eingesetzt. Faktisch bedeutet das, daß jetzt über das ganze Kohlerevier in den Appalachen das Kriegsrecht verhängt ist. Aber die Kumpel haben klar zum Ausdruck gebracht, daß sie sich auch von den Bajonetten der Armee nicht wieder in die Zechen zwingen lassen werden. Sie wollen weiter kämpfen, bis ihre Forderungen erfüllt sind.



Streikende amerikanische Farmarbeiter unterstützen durch Nahrungsmittelspenden die streikenden Bergarbeiter.

Für die Kumpel sind diese Fragen im wahrsten Sinne Fragen von Leben und Tod. 100.000 Arbeiter haben in den amerikanischen Zechen ihr Leben lassen müssen, erschlagen, erstickt, durch Gasexplosionen getötet. Keinen Pfifferling wert ist den Kohlebaronen ein Arbeiterleben. Aber die Kumpel wollen sich nicht von diesen Blutsaugern in unsichere Schächte jagen lassen, wollen nicht für die Profite der Herren sterben. Ihre einzige Waffe ist der Streik, und diese Waffe soll ihnen mit dem neuen Vertrag aus der Hand geschlagen werden.

Die andere Sache, für die die Bergarbeiter jetzt den vierten Monat im Kampf stehen, ist die volle Wiederherstellung ihrer Kranken- und Rentenversicherung. Die Kapitalisten haben ihre Beiträge für die entsprechenden Fonds im letzten Jahr drastisch reduziert. Außerdem sind diese Beiträge an die Menge der geförderten Kohle gebunden, so daß die Arbeiter während eines Streiks keinen Cent im Krankheitsfall, die pensionierten Kumpel keinen Cent Rente bekommen. Und diese unglaublichen Angriffe gegen die Bergleute sind in dem neuen Tarifvertrag ausdrücklich bestätigt.

schon die größten Opfer gebracht haben. Nicht nur, daß ihnen die Kapitalisten Krankengeld und Renten brutal gestrichen haben, sie müssen seit Wochen auch ohne Streikgeld auskommen, weil das Verräterpack an der Spitze der UMW mit dem Hinweis auf die angeblich erschöpften Streikkassen jegliche Unterstützung verweigert. Und trotzdem führen die Kumpel ihren Kampf mit immer größerer Militanz. Beispielhaft dafür waren die Aktionen im Staat Indiana. 500 Arbeiter stürmten in Rockport eine Kaianlage am Ohio-Fluß, über die Streikbrecherkohle verladen wurde. Während einige von ihnen der heranrückenden bewaffneten Polizei den Weg versperrten, zerstörten die anderen die Anlagen für den Umschlag. In Boonville, einem Ort in der Nähe, griffen die Streikenden einen Speditionsbetrieb an, der Streikbrecherkohle beförderte und zerstörten mehrere Lastwagen.

Im nördlichen Alabama wurden Streikposten von der Polizei angegriffen. Kurzfristig konnten über Funk 1.000 Kumpel mobilisiert werden, die den Polizeitruppen ein erbittertes Gefecht lieferten, bei dem auf beiden Seiten auch Schußwaffen ein-

Immer heftiger sind sie in ihrem Kampf mit den Organen des bürgerlichen Staates zusammengestoßen, mit der Klassenjustiz, die viele von ihnen abgeurteilt und ins Gefängnis geworfen hat, mit Polizei und Nationalgarde. Ihren ganzen Propagandaapparat hat die US-Bourgeoisie eingesetzt, um gegen den Streik zu hetzen, ihn verantwortlich zu machen für schon erfolgte oder drohende Massenentlassungen, für Stromsperren, die in einigen Staaten durchgeführt wurden usw. Aber so wie sie den Streik nicht brechen konnten, so wird es ihnen auch nicht gelingen, die kämpfenden Kumpel zu isolieren. In Stahlwerken und Autofabriken wurden große Summen gesammelt. Tonnenweise schickten die Farmer, die teilweise ebenfalls im Kampf stehen, Lebensmittel in das Kohlerevier.

Und gerade Carters direktes und brutales Eingreifen in den Streik, die Verhängung des Kriegsrechts über die Zechen, all das hat noch mehr Arbeitern die Augen geöffnet über den Charakter des Staates als Unterdrückungsinstrument der Bourgeoisie, hat ihre Feindschaft und ihren Haß gegen diesen Staat verstärkt. Auf der anderen Seite hat dieser Streik nicht nur den revolutionären Zusammenschluß der Kumpel gefördert, die Verräter in ihren Reihen weiter isoliert. Der anhaltende Kampf der Bergarbeiter gibt auch der ganzen Arbeiterklasse der Vereinigten Staaten ein Beispiel und zeigt ihr, über welche gewaltigen Kräfte im Kampf gegen den Klassenfeind sie verfügt.

Tito in Washington

Ausverkauf an beide Supermächte

Mit vollen militärischen Ehren ist der jugoslawische Revisionistenchef Tito letzte Woche in Washington empfangen worden. Und auch sonst sparten die Gastgeber nicht mit dem höchsten Lob. „Eine große Führungsgestalt", nannte Carter den Unterdrücker des jugoslawischen Volkes, ein „Symbol für den Drang nach Freiheit und Unabhängigkeit in Osteuropa." Und um eine solche „Unabhängigkeit" nach Art von Carter zu unterstreichen, setzte man sich sofort zusammen, um über die Lieferung amerikanischer Raketen an das Tito-Regime zu verhandeln.

Dabei wurde Carter sehr schnell deutlich. Während seines Wahlkampfes noch hatte er erklärt, daß im Falle einer russischen Einmischung in die Angelegenheiten Jugoslawiens die US-Imperialisten nicht eingreifen würden. Jetzt sagte er unverhohlen, daß Washington „heute und in der Zukunft" eine Änderung der Lage in Jugoslawien nicht hinnehmen wird. „In der Zukunft" — damit ist die Zeit nach Titos Tod gemeint. Schon seit langem wird in den Metropolen beider Supermächte offen darüber spekuliert, wie die zu erwartenden Kämpfe innerhalb der Belgrader Revisionistenclique um die Nachfolge Titos für die eigenen imperialistischen Ziele ausgenutzt werden können.

Carters Erklärungen sind nichts anderes als eine Bekräftigung der Absicht des US-Imperialismus, seine Positionen in Jugoslawien zu behaupten und auszuweiten. Das gleiche wie jetzt von Carter hatte Tito bei seinem Moskaubesuch im letzten Jahr auch von Breschnew zu hören bekommen — natürlich mit umgekehrtem Vorzeichen. Als der Kreml-Chef versprach, die jugoslawische „Unabhängigkeit" zu verteidigen, meinte er damit den Einfluß des Sozialimperialismus.

Das ist eine Folge der Tatsache, daß der Renegat Tito, der Jugoslawien an beide Supermächte für Dollar und für Rubel verkauft, sowohl dem amerikanischen wie auch dem russischen Kapital freie Bahn geschaffen hat. Heute ist das Land bei beiden Supermächten hoch verschuldet, die jugoslawischen Arbeiter werden nicht nur von der neuen einheimischen Bourgeoisie, sondern auch von den Monopolgesellschaften der Supermächte ausgebeutet.

Der Verräter Tito versucht diese Politik des Ausverkaufs an beide Seiten als eine kluge Politik der „Blockfreiheit" hinzustellen, die Jugoslawien angeblich davor bewahrt, in den direkten Herrschaftsbereich einer der Supermächte gezogen zu werden. Tatsächlich aber — und das hat sein Besuch in Washington wieder bestätigt — bedeutet diese Politik nichts anderes, als die beiden Supermächte dazu einzuladen, ihre erbitterte Rivalität auf dem Boden Jugoslawiens auszutragen. Schon heute belauern sich die Kreml-Zaren und die Wallstreet-Herren gegenseitig, kündigen offen ihr Eingreifen an, falls die andere Seite ihre Klauen in Jugoslawien zu weit vorstreckt.

Die Völker Jugoslawiens jedoch wollen nicht, daß ihr Land zum Spielball der Supermächte, zum möglichen Schauplatz ihrer kriegerischen Auseinandersetzungen wird. Sie werden eine wirkliche Unabhängigkeit erkämpfen. Und der Weg dorthin führt über den revolutionären Sturz der Tito-Clique.

Aus aller Welt

Italien: Protest gegen Strauß

Als Starredner bei einer militaristischen Kundgebung in Italien trat der CSU-Boß Strauß auf. Er hetzte wild gegen die revolutionären Kräfte und nannte den Marxismus den Feind Europas. Die italienischen Werktätigen gaben ihm die richtige Antwort. Tausende demonstrierten vor dem Versammlungsraum und brachten ihren Haß gegen die Militaristen und Reaktionäre zum Ausdruck.

Spanien: Kämpfe im Baskenland

Zu Straßenschlachten zwischen baskischen Demonstranten und Polizeieinheiten des reaktionären Regimes ist es am vorletzten Wochenende in Vitoria, Bilbao und Pamplona gekommen. Anlaß für die Demonstrationen war der zweite Jahrestag der Ermordung von fünf Arbeitern aus Vitoria durch die bewaffneten Organe des Regimes. An diesem Tag wurde in Vitoria auch ein Generalstreik durchgeführt, an dem sich auch die kleinen Ladenbesitzer beteiligten.

In der Straße, in der die fünf Arbeiter ermordet worden waren, griffen baskische Patrioten einen Polizeijeep an. Sie nahmen die Insassen unter Feuer und töteten zwei von ihnen. Drei weitere Polizisten wurden verletzt. In einem vor einigen Tagen veröffentlichten Bericht drücken die baskischen Patrioten ihre Entschlossenheit aus, ihren bewaffneten Kampf bis zum Schluß fortzusetzen.

Indonesien: Studenten im Kampf gegen den faschistischen Terror

Die indonesische Hauptstadt Djakarta wurde am 4. März zum Schauplatz heftiger Straßenkämpfe zwischen Tausenden Studenten und großen Armee- und Polizeikräften. Die Studenten zogen durch die Straßen der Hauptstadt und riefen zahlreiche Losungen gegen die Ausbeutung und Unterdrückung, die brutale Gewalt und den faschistischen Terror. Die Straßen waren voll von gepanzerten Fahrzeugen und waffenstarrenden Soldaten. Viele von ihnen bildeten einen Kordon rings um das Universitätsgebäude.

Die Antwort der Demonstranten auf die Versuche der Unterdrückungskräfte, die Demonstration auseinanderzutreiben, waren Flaschen, Steine und andere Gegenstände. Solche Demonstrationen organisierten auch Studenten in den Städten Bandung, Surakarta usw. Die Polizei nahm Hunderte Studenten, die an den Demonstrationen teilnahmen, fest.

Philippinen: Säuberungsaktion gegen Patrioten gescheitert

Um die starken Aktivitäten der bewaffneten Patrioten zu unterdrücken, hat das faschistische Marcos-Regime im südlichen Teil der Insel Jolo eine Säuberungsoperation durchgeführt. 7.000 Soldaten waren daran beteiligt. Mit Luftwaffe und schwerer Artillerie wurden die Gebiete, in denen die Patrioten aktiv sind, stundenlang bombardiert. Infolge des entschlossenen Widerstands der patriotischen Kräfte jedoch waren die Regierungstruppen gezwungen, sich unter großen Verlusten an Menschen und Material wieder zurückzuziehen.

Libanon: Israelische Terrorangriffe

Die israelischen Zionisten setzen ihre Terrorangriffe auf den Libanon unvermindert fort. Seit Wochen wird z. B. die Ortschaft Hasbaya von ihnen mit Artilleriegranaten beschossen. 25 Menschen sind diesem Terror schon zum Opfer gefallen. Die Zionisten bewaffnen auch weiter die faschistischen Banden im Libanon, die mit brutalem Terror gegen die dort lebenden Palästinenser und die libanesischen Werktätigen vorgehen. Auch dieser von palästinensischen Einheiten erbeutete Sherman-Panzer ist den Faschisten von der israelischen Armee geliefert worden.



Palästina: Massendemonstrationen gegen die Besatzer

In vielen arabischen Städten der von Israel besetzten Gebiete fanden antizionistische Demonstrationen statt. Zu den machtvollsten Protestkundgebungen gehörte die in der Stadt Ramallah. Nachrichtenagenturen berichten, daß die Straßen der Stadt erneut zum Schauplatz heftiger Zusammenstöße zwischen den Demonstranten und zahlreichen israelischen Polizeikräften wurden. Die Demonstranten brandmarkten die brutale Gewalt und den Terror der Zionisten, die diese in den letzten Tagen entfesselt haben und forderten die Freilassung von etwa 300 verhafteten Arabern. Dutzende weitere arabische Einwohner Ramallahs wurden bei diesen Demonstrationen festgenommen. Auch in anderen Städten Palästinas wie Nablus und Jenin kam es zu Demonstrationen. Polizei- und Armee-Einheiten wurden in diese Städte beordert, um die Demonstranten auseinanderzutreiben.

Azania



Mangaliso Sobukwe, Gründungsmitglied des Pan Africanist Congress (PAC) ist am 27. Februar an Krebs gestorben. Mangaliso Sobukwe war jahrelang von den südafrikanischen Rassisten auf der KZ-Insel Robben Island eingekerkert. Bis zu seinem Tode mußte er unter Hausarrest leben.

Aus Anlaß seines Todes fand in Köln eine Gedenkveranstaltung statt, auf der auch eine Adresse unserer Partei vorgelesen wurde, in der die großen Verdienste Mangaliso Sobukwes im Befreiungskampf des Volkes von Azania gewürdigt wurden.

Kassel
Protest gegen NPD-Kundgebung

Am Sonntag fand in Kassel unter ungeheurem Polizeischutz der Landesparteitag der NPD statt. Am Tag davor wollten die Faschisten in der Stadt Kundgebungen abhalten. Eine Demonstration, zu der der Stadtschülerrat und der DGB an diesem Tag aufgerufen hatten, fand unter faschistischen Polizeimaßnahmen statt. Helme, Fahnenstangen, aber auch Taschen durften nicht mitgetragen werden. Einem Schüler, der gerade aus der Schule kam, nahm die Polizei seine Tasche mit den Turnsachen ab. Die Partei verteilte bei dieser Demonstration ein Flugblatt gegen die NPD-Faschisten.

Nach dieser Demonstration versammelten sich 500 Antifaschisten auf dem Königsplatz. Sie forderten: „Faschisten, raus aus dieser Stadt!“ Zu dieser Aktion hatte auch die Partei in ihrem Flugblatt aufgerufen. Bei der Faschistenkundgebung bot sich das inzwischen schon gewohnte Bild: Eine Handvoll Faschisten wurde von einem Riesenpolizeiaufgebot (mehrere Hundertschaften) geschützt. Die empörten Antifaschisten riefen Sprechchöre, die bei der Bevölkerung großen Anklang fanden. Es flogen auch einige Farbeier. Zwei der Antifaschisten wurden festgenommen. Darunter der Verantwortliche der Roten Hilfe Deutschlands in Kassel. Ihm droht jetzt ein Prozeß wegen schwerer Körperverletzung: Dem Genossen wurde bereits von Polizisten angedroht, daß man ihn dafür verantwortlich machen wolle, daß sich ein Polizist bei diesem Einsatz zum Schutz der Faschisten ein Bein brach.

Studiobühne Würzburg
"Dann gehen wir eben auf die Straße!"

Korrespondenz. Montag mittag, 13 Uhr, etwas ganz und gar Ungewöhnliches geschieht vor der Würzburger Mensa: Immer mehr Studenten versammeln sich um Dr. W. Schulz, Vorsitzender der Studiobühne Würzburg, der eine Erklärung verliest und eine kleine Veranstaltung der Studiobühne einleitet. Als dann Gedichte vorgetragen wurden (das vom Staatsanwalt inkriminierte Gedicht „Der Todesvogel“ und das Gedicht von H. Heine über den Reichsadler, das der Staatsanwalt demnach genauso verbieten müßte), hörten schon weit über 50 Studenten interessiert zu. Es folgten zwei Gedichte von Erich Weinert, „Der Akademokrat“ und „An die Geistesarbeiter“, das die Intellektuellen zum revolutionären Bündnis mit der Arbeiterklasse aufruft.

Großen Anklang fand bei den Zuschauern die dann folgende Darbietung: ein Tanz mit Gesang zur heiligen Dreifaltigkeit von Kapital, Gewerkschaft und den Bonner Parteien.

Damit zeigte die Studiobühne, wie Dr. Schulz auch in der Einleitungsrede erklärte, daß sie sich nicht so einfach mundtot machen läßt, wie dies z. B. das Studentenwerk möchte. Einer der Versuche bestand darin, daß das Studentenwerk der Studiobühne keinen Raum für eine Kulturveranstaltung gab. Als dann der Sprecherrat einen Raum beantragte, um die Studiobühne für einen kulturellen Abend einzuladen, schob die Bürokratie die Entscheidung über die Ablehnung wie eine heiße Kartoffel zum nächsten:

Vom Studentenwerk zum Unipräsidenten, von da zum Kultusminister und dann wieder zurück. Bis Montag, als der Kulturabend stattfinden sollte, gab es keinen Raum.

„Aber dadurch bringen sie uns nicht zum Schweigen“, sagte Dr. Schulz, „wenn wir keinen Raum mehr bekommen, dann spielen wir eben auf der Straße, jetzt erst recht!“

Die Aktion der Studiobühne war genau die richtige Antwort auf das Raumverbot und ein voller Erfolg.



Eine Pantomime über die heilige Dreifaltigkeit von Gewerkschaft, Kapital und Bonner Parteien.

Unterstrogn/Bayern
Starfighter stürzt in eine Ortschaft

Den Menschen in Unterstrogn, einem kleinen Ort in der Nähe von Erding (bei München), steckt der Schrecken noch in den Knochen. Mitten in ihrem Ort ist ein abstürzender Starfighter der Bundeswehr explodiert. Und so hat sich die Katastrophe zugetragen: Im Tiefflug rast der Pilot über die Ortschaften des Landkreises. Plötzlich setzt das Triebwerk aus, kurz vor Unterstrogn gerät die Maschine ins Trudeln. Während sich der Pilot mit dem Schleudersitz rettet, stürzt der Starfighter auf ein Haus und bricht in tausend Stücke auseinander.

Über 200 Meter weit werden die Teile der Maschine in den Ort geschleudert. Das auslaufende Benzin entzündet sich und setzt ein Haus in Brand. Wie durch ein Wunder gibt es „nur“ Verletzte, sind keine Todesopfer zu beklagen. Einige Meter neben der Aufschlagstelle steht zu dieser Zeit an einer Haltestelle ein vollbesetzter Linienbus. Wie die Genossen aus Erding berichten, ist es nicht das erste Mal gewesen, daß eine Militärmaschine mitten in einen Ort stürzt. Vor einigen Jahren verwüstete eine Noratlas ein Wohnhaus, wobei ein Kind getötet wurde.

Der Grund für die Häufung solcher Unfälle: Die Orte liegen in der Einflugschneise des Militärflughafens Erding. Kein Wunder, daß die Bevölkerung in diesem Gebiet empört ist. Kann doch jede Familie das nächste Opfer sein. Und wie groß die Gefahr tatsächlich ist, zeigt nichts deutlicher als die Tatsache, daß bis heute schon 197 Starfighter vom Himmel gekommen sind.

Die Genossen der Partei verteilten ein Flugblatt mit der Aufforderung: „Bürger, schließt euch zusammen gegen diesen Terror aus der Luft.“ Wie sie berichten, wurde dieses Flugblatt sehr positiv aufgenommen. Im Zusammenhang mit der Katastrophe von Unterstrogn, bei der viele Menschen nur knapp dem Tod entgangen waren, forderten die Genossen die Werktätigen der Gegend auch dazu auf, den bürgerlichen Parteien bei der Kommunalwahl die Quittung zu geben und diesen Volksbetrug zu boykottieren.

Denn die 197 Starfighterabstürze, die dadurch verursachten Todesfälle und Verwüstungen, sind ja nicht ein unerklärlicher Schicksalsschlag. Es gibt Verantwortliche dafür, und die sind bekannt: die Herren im Bonner Kriegsministerium, an der Spitze der damalige Minister Strauß. Der hatte seinerzeit das Schrottflugzeug Starfighter unbesehen für die Bundeswehr eingekauft, weil der Hersteller, der US-Konzern Lockheed, eine mehrstellige Summe auf sein Konto überwiesen hatte. Und gerade Strauß hat, ebenso wie andere Spitzenpolitiker aller bürgerlichen Parteien, mehr als einmal bewiesen, daß er bereit ist, für ein Bündel Banknoten kaltblütig die Werktätigen zu betrügen, ja wie im Fall des Starfighters sogar ihr Leben aufs Spiel zu setzen.



Der Starfighter ist mitten im Dorf abgestürzt. Der Dachstuhl und ein Schuppen neben dem Haus brennen lichterloh. Die Flugzeugteile sind über 200 Meter weit verstreut.

Von NATO-Panzern überrollt

Immer wieder kommt es bei Manövern oder sonstigen Truppenbewegungen von NATO und Bundeswehreinheiten zu schweren, oft tödlichen Unfällen. Dieser britische Schützenpanzer überrollte in der Nähe von Detmold einen Personenkraftwagen. Der Fahrer mußte mit schweren Rippenbrüchen ins Krankenhaus gebracht werden.

Bei einer NATO-Übung in Westjütland, an der auch Einheiten der Bundeswehr teilnahmen, wurden zwei im Freien schlafende dänische Soldaten von einem Leopard-Panzer überrollt und getötet.



Bild rechts: Nach dem Unfall. Im Vordergrund der britische Schützenpanzer, der das Personenauto überfahren hatte.